

V. JOURNALISMUS UND PRESSEPOLITIK ALS SKANDALON

Im Laufe des 19. Jahrhunderts veränderten sich die Normen des Journalismus. Als zentrale moralische Anforderung etablierten sich seine Unabhängigkeit gegenüber Regierungen und sein Anspruch, zuverlässige Quellen zu verwenden. Beides war eng miteinander verbunden. Denn unabhängige und zuverlässige Berichte waren nur zu erreichen, wenn Medien nicht tendenziösen Regierungseinflüsterungen folgten. Insbesondere in Großbritannien versuchte die Presse diese Norm auch semantisch festzulegen, indem sie sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend als *Fourth Estate* verstand. Damit grenzte sie sich von einer „korrupten Presse“ ab, wobei die Zeitungen wegen ihrer Machtstellung, so die *Times* 1846, besonders starken Versuchungen ausgesetzt seien.¹ In Deutschland blieb eine vergleichbar engagierte Selbstbeschreibung als „vierte Gewalt“ aus. Als Errungenschaft galt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gerade eine parteinahe „gesinnungstreue“ Presse.² Aber auch diese deutsche Selbstverortung der Medien operierte mit ähnlichen Unterscheidungen. So beschworen die deutschen Publizisten ihre Machtstellung und grenzten sich vehement vom offiziösen Journalismus ab, der direkt Nachrichten von der Regierung übernehme und damit nicht unabhängig sei. Ebenso distanzierten sich die parteinahen Blätter von den Generalanzeigern, die wegen ihrer Anzeigenfinanzierung als ein „Herd der Korruption“ bezeichnet wurden.³ Dagegen sahen sich die Generalanzeiger gerade wegen ihrer Anzeigenfinanzierung als besonders unabhängig an. Gegen die Korruption der gesamten Presse richteten sich wiederum einzelne Publizisten wie Maximilian Harden, der gleich die ersten Ausgaben seiner *Zukunft* mit einer Schelte gegen die „Soldschreiber“ und „Fälschertempel“ startete.⁴ Trotz der Gegenläufigkeit der Beschuldigungen war somit auch in Deutschland der zunehmende Anspruch zu erkennen, der Journalismus müsse unabhängig und wahrhaftig berichten.

Ob die Zeitungen solche Normen erfüllten, wurde besonders bei sensationellen oder skandalösen Meldungen geprüft. Das Aufbringen von Skandalen war deshalb stets mit dem Risiko verbunden, dass sich die Skandale wie ein Bumerang gegen die Zeitung selbst richteten. Einerseits war es möglich, dass die Publikation eines Normbruches und das öffentliche Sprechen hierüber als das eigentliche Skandalon galten. Dementsprechend begannen die Skandale zumeist

¹ TIMES 3.9.1846, S.5. Zum Aufkommen der Selbstbeschreibung als „Vierte Gewalt“ vgl. GEORGE BOYCE, *The Fourth Estate*.

² Vgl. zu diesen unterschiedlichen Wahrnehmungen: BÖSCH, *Volkstribüne*; ESSER, *Die Kräfte*, S.58f., REQUATE, *Journalismus*, S.269f.

³ WALTER HAMMER (= Walter Hoesterey), *Die Generalanzeiger-Presse kritisch beurteilt als ein Herd der Korruption*, Leipzig 1912; REQUATE, *Journalismus*, S.361f. Zur längeren Tradition dieser Norm der Unparteilichkeit vgl. SCHÖNHAGEN, *Unparteilichkeit*.

⁴ DIE ZUKUNFT 1.10.1892, S.33–40.

mit vorsichtigen Andeutungen in der Presse, um die Grenzen des Sagbaren auszutesten. Andererseits bestand die Gefahr, dass die Enthüllung nicht auf präzisen, belegbaren und zuverlässigen Quellen beruhte und der erhobene Vorwurf einer öffentlichen Prüfung nicht standhielt. Denn während gewöhnliche Artikel kaum detailliert überprüft wurden, war bei Aufsehen erregenden Enthüllungen stets von umfangreichen Kontrollen auszugehen, die leicht die Reputation des enthüllenden Journalisten und seiner Zeitung gefährden konnten. Ebenso war mit offensiven Gegenskandalisierungen der Beschuldigten zu rechnen. Ein Bumerang-Effekt konnte zudem dadurch entstehen, dass ein Skandal politische Hintermänner der Enthüllung aufdeckte und damit die Nachricht zur politischen Intrige stilisierte. Da die einzelnen Journalisten durch die von ihnen angestoßenen Skandale selbst zu berühmten Persönlichkeiten wurden, hatten sie die nötige Bekanntheit, Fallhöhe und Umstrittenheit, um selbst zum Objekt von Skandalen zu werden.

Dieses Wechselspiel zwischen skandalöser Enthüllung und der nicht minder skandalisierenden Kritik an den beteiligten Journalisten prägte im spätviktorianischen England von Beginn an die Entstehung des *New Journalism*. So musste sich der Journalist W.T. Stead 1885 bei seiner *Maiden-Tribute*-Kampagne, die die Kinderprostitution in London aufdeckte, sogleich vorwerfen lassen, dass sowohl seine tabubrechende Darstellungsweise als auch seine unseriöse Recherche der eigentliche Skandal wären. Viele Politiker und Journalisten empörten sich weniger über die beschriebenen Missstände als über den moralischen Verfall, den Steads explizite Berichte angeblich auslösten.⁵ Ebenso hielten verschiedene Zeitungen Stead Fehler in der Recherche und Darstellung vor, was er vor Gericht tatsächlich eingestehen musste. Deshalb lautete der zentrale Vorwurf in Matthew Arnolds berühmter Kritik am *New Journalism*: „It throws out assertions at a venture, because it wishes them true, does not correct either them or itself, if they are false.“⁶ Diese Kritik am *New Journalism* stilisierte zugleich den „alten Journalismus“ als wahrhaftig und vertrauenswürdig.

Auch in Deutschland wurden Ende des 19. Jahrhunderts bedeutende Zeitungen, die bei politischen Skandalen eine größere Rolle spielten, selbst zum Objekt von Skandalisierungen. Ein ähnliches Schicksal wie Stead durchlebte besonders Maximilian Harden, vor allem als der Wahrheitsgehalt seiner Beschuldigungen gegen Eulenburg und Moltke verhandelt wurde.⁷ Auch der *Vorwärts*, der ja zahlreiche Skandale in Verbund mit SPD-Politikern angestoßen hatte, erlebte 1903, dass sich ein von ihm angestoßener Skandal gegen ihn selbst richtete, nachdem er über den Bau einer Festung auf der Insel Pichelswerder berichtet hatte, die zum Schutz des Kaisers bei Revolutionen entstehen sollte.⁸ Diese Ar-

⁵ Vgl. etwa die Vorwürfe im Unterhaus und in der Presse in: TIMES 8.7.1885, S.5, 10.7.1885, S.6, 31.7.1885, S.6. Zu den Reaktionen vgl. bereits: SCHULTS, *Crusader in Babylon*, S.148–156.

⁶ MATTHEW ARNOLD, *Up to Easter*, in: THE NINETEENTH CENTURY 78 (Mai 1887), S.620–643, S.633.

⁷ Vgl. Kap. II.7.

⁸ Vgl. die Artikel „Die Kaiserinsel“ in: VORWÄRTS Nr.190–192, 16.8.–18.8.1903.

tikel des *Vorwärts* beruhten jedoch auf einem anonymen, angeblich aus Hofkreisen stammenden Brief mit bewusst falschen Angaben, der die Glaubwürdigkeit des SPD-Blattes durch eine „Ente“ diskreditieren sollte. So wurde der *Vorwärts* dem öffentlichen Spott ausgesetzt, und seine Redakteure erhielten hohe Haftstrafen.⁹ Andere Skandale über die Presse betrafen das moralische Verhalten der Journalisten. So mutierte die „Kreuzzeitung“ 1895, nachdem sie ein Jahr zuvor gerade den Caligula-Skandal angestoßen hatte, selbst zum Skandalobjekt, als bekannt wurde, dass ihr Chefredakteur Wilhelm Freiherr von Hammerstein mehrere 100 000 Mark ihres Vermögens veruntreut hatte und nach Griechenland geflohen war. Da es sich um einen führenden Konservativen handelte, nahm die Staatsanwaltschaft, im Unterschied zu den Sozialdemokraten, eine abwartende Haltung ein, bis die Flucht Hammersteins und die Proteste der Presse sie zum Handeln zwangen.¹⁰ Die öffentliche Empörung über Hammersteins Verhalten diskreditierte dabei maßgeblich den moralischen Überlegenheitsanspruch der konservativen Zeitung.

Die angedeuteten Fälle zeigen, dass die Presse durch die zunehmenden Skandale nicht nur an Macht und Reputation gegenüber der Politik gewann. Gerade weil die Zeitungen und Journalisten selbst als politische Akteure auftraten, setzten sie sich wie Politiker dem Risiko aus, durch Skandale ihre Reputation zu gefährden. Auf welche Weise derartige Skandale ihren Anspruch auf Wahrheit und Unabhängigkeit hinterfragten, soll an zwei Fallstudien analysiert werden, die jeweils Charakteristika der deutschen und britischen Medienentwicklung zeigen. Für Großbritannien wird der *Parnellism and Crime*-Skandal um die *Times* untersucht, der die Grenzen des investigativen und unabhängigen Journalismus im Sinne einer *Fourth Estate* verdeutlicht. Für Deutschland wird der „Tausch-Leckert-Lützwow“-Skandal betrachtet, der die Strukturen der offiziellen Beeinflussung der Presse und deren Kollaps veranschaulicht. Beides sind nicht nur herausragende Skandale in diesem Bereich. Sie stehen auch besonders exemplarisch für die unterschiedlichen journalistischen Traditionen in den beiden Ländern, die durch die Skandale auf den Prüfstein kamen.

1. DIE TIMES ALS FÄLSCHERIN UND REGIERUNGSORGAN? *PARNELLISM AND CRIME*

Die *Times* des 19. Jahrhunderts galt und gilt als Prototyp eines modernen, soliden und unabhängigen Journalismus. Wie zahlreiche Pressegeschichten

⁹ Vgl. Anklage Isenbiel: BAB/K, R 43/797: 51: 161 ff.; Bericht Staatsanwalt 22.8.1903 u. „Beschluss“ Staatsanwalt 26.8.1903, in: GStA, HA I Rep 84a Nr.49718; STAMPFER, Erfahrungen, S.101f.

¹⁰ Oberstaatsanwalt Drescher an Justizminister Schönstedt 28.6.1895, in: GStA, HA I Rep. 84a Nr.58193. Aufzeichnung Waldersee 5.10.1895, in: MEISNER (Hrsg.), Denkwürdigkeiten, Bd.2, S.357–360.

herausstellten, glänzte sie frühzeitig durch nüchterne und zuverlässige Informationen, eigene Korrespondentenberichte und eine Distanz zu den Parteien, auch wenn ihre Regierungsnähe gelegentlich hervorgehoben wurde.¹¹ Ihre traditionsreiche Ausnahmestellung im britischen und weltweiten Medienverbund schuf jedoch zugleich eine große Fallhöhe, falls sich ein Skandal gegen das Blatt richtete.

Ende der 1880er Jahre kam es tatsächlich zu einem Skandal, der diese Reputation der *Times* maßgeblich erschütterte und hinterfragte. Er entstand, nachdem die *Times* in einer mit *Parnellism and Crime* überschriebenen Artikelserie dem politischen Führer der *Irish Parliamentary Party*, Charles Stewart Parnell, die Unterstützung von terroristischen Gewalttaten vorgeworfen hatte. Dies belegte die *Times* unter anderem mit einem Faksimile-Abdruck eines Briefes mit Parnells Unterschrift, der einem politischen Mord zustimmte.¹² Weitere angebliche Briefe von Parnell und von Patrick Egan, einem Mitbegründer der *Irish Land League*, ergänzten die Beschuldigungen. Wie sich jedoch nach mehrjähriger öffentlicher Debatte und Untersuchung im Februar 1889 zeigte, beruhte die Kampagne der *Times* auf den plumpen Fälschungen eines Journalisten. Zudem kam der Vorwurf auf, dass die konservative Regierung und Administration die *Times* bei ihrer Kampagne unterstützt hatte. Der Skandal nahm damit eine dreifache Wendung: Nachdem die *Times* zunächst zusammen mit den Unionisten versucht hatte, den Irenführer Parnell zum Objekt eines Skandals zu machen und so die Irlandpolitik zu beeinflussen, wurde die *Times* in einer zweiten Phase selbst zum Gegenstand des Skandals. Und schließlich musste sich drittens die Regierung des Vorwurfes erwehren, die *Times*-Kampagnen gegen den irischen Spitzenpolitiker gefördert zu haben. Insofern lassen sich anhand dieses Skandals zugleich die journalistischen Recherche-techniken, Publikationsstrategien und die Interaktionen zwischen Politik und Presse untersuchen.

Ausgangspunkt des *Parnellism and Crime*-Skandals war abermals die politische Polarisierung, die sich aus dem Konflikt um die irische Selbstverwaltung entfaltete. Insbesondere die Abspaltung der unionistischen *Home Rule*-Gegner von den Liberalen im Sommer 1886, die zum Bruch von Gladstones liberaler Regierung und dem Siegeszug der Konservativen unter ihrem Premierminister Salisbury geführt hatte, verstärkte den Konflikt.¹³ Salisbury sah, wie andere Unionisten, die *Home Rule* als eine Gefahr für die nationale Sicherheit an und

¹¹ Dieses sehr positive Bild mag auch daran liegen, dass die grundlegende umfassende Darstellung zur Geschichte der *Times* von ihr selbst verfasst wurde; THE TIMES (Hrsg.), *The History of the Times*, 5 Bde.

¹² Vgl. zudem die Artikelserie in der *Times* am 18.4.1887, S.8f., sowie die nahezu wöchentlichen Artikel zwischen dem 7.3. bis 22.6.1887. Die ausführlichste Darstellung zu diesem bislang wenig untersuchten Markstein der Pressegeschichte stammt aus den 1940er Jahren von der *Times* selbst; vgl. THE TIMES, *The History of the Times*, Bd.3, S.43–89. Zudem fand der Skandal Erwähnung in den Biographien über die Beteiligten; vgl. bes. LYONS, Parnell, S.390–430.

¹³ Zur Spaltung 1885/86 vgl. COOK und VINCENT, *The Governing Passion*.

war ein Gegner des irischen Nationalismus.¹⁴ Die ebenfalls unionistisch ausgerichtete *Times* unterstützte Salisburys Regierung vorbehaltlos mit entsprechenden Berichten und Kommentaren.¹⁵ Als Beleg und Symbol für diese Bedrohung durch gewaltbereite irische Nationalisten galten vor allem die Phoenix Park Morde von 1882. Bei diesem Attentat hatte eine Gruppe radikaler irischer Nationalisten den *Chief Secretary for Ireland*, Lord Frederick Cavendish, und seinen Untersekretär Burke im Dubliner Phoenix Park erstochen. Obgleich Parnell und andere führende Irenpolitiker sich sofort von den Morden distanzierten und diese verdamnten, wurden zahlreiche irische Politiker verhaftet. Die Phoenix Park Morde wurden damit zu einem emotionalisierenden Sinnbild der irischen Gewalt und der englischen Polizeiwillkür.¹⁶ Dies erklärt, warum auch der *Parnellism and Crime*-Skandal besonders in der Frage kulminierte, in welcher Verbindung Parnell zu diesem Attentat stand.

Während die Irlandfrage den politischen Rahmen für den Skandal bildete, prägte das zeitgleiche Aufkommen des *New Journalism* den mediengeschichtlichen Kontext. Öffentlich distanzierte sich die *Times* von W. T. Steads Kampagnen, der mit sensationellen Meldungen die Politik zu gestalten versuchte. In der Praxis, so lässt sich anhand ihrer *Parnellism and Crime*-Serie verdeutlichen, knüpfte die *Times* jedoch an die journalistischen Techniken des *New Journalism* und insbesondere an Steads berühmte Serie gegen die Prostitution an. Dies zeigte sich bereits darin, dass die *Times* eine gezielte Kampagne mit einer regelmäßigen Serienberichterstattung startete, die eigenständig ein Thema setzte und so einen „Scoop“ erreichen wollte, also eine zuerst aufgebrachte sensationelle Meldung. Ebenso wie Stead versuchte die Kampagne der *Times* nicht nur das politische Klima zu prägen, sondern war zugleich auf die Beeinflussung eines einzelnen Gesetzes ausgerichtet. In diesem Fall fokussierte die *Times*-Serie auf ein Gesetz zur Verbrechensbekämpfung, das vornehmlich die umfassendere Verfolgung irischer Nationalisten ermöglichen sollte. Genau vor der zweiten Lesung, am 18. April 1887 veröffentlichte sie deshalb das Faksimile des vermeintlichen Briefes von Parnell, um die Regierung bei der Mehrheitsbildung zu unterstützen. Gerade weil nicht alle Konservativen anti-irisch dachten, sollten die Artikel latente Ressentiments stärken und so Mehrheiten sichern.

An Steads *New Journalism* erinnerten auch die journalistischen Recherche- und Präsentationstechniken. Die Artikel waren eigenständig recherchiert und

¹⁴ Allerdings war Salisbury gemäßigter als sein Irland-Minister Balfour. Er trat zumindest für eine lokale Selbstverwaltung ein und war zurückhaltender bei der Unterdrückung irischer Zeitungen; vgl. zum Bruch 1886 und zu Salisburys Haltung: TAYLOR, Lord Salisbury, S. 119 u. 122.

¹⁵ Diese abwertende Berichterstattung der *Times* gegenüber Irland hatte bereits eine längere Tradition; vgl. LESLIE WILLIAMS, Daniel O'Connell, *The British Press and the Irish Famine*. Killing Remarks, Aldershot 2003.

¹⁶ Vgl. TOM CORFE, *The Phoenix Park Murders. Conflict, Compromise and Tragedy in Ireland, 1879–1882*, London 1968. Zu Parnells Distanzierung von den Morden, wobei er auch seinen Rücktritt anbot: LYONS, Parnell, S. 209–211.

von einer Gruppe von Journalisten und Zuträgern aufbereitet. Sie arbeiteten zwar im Unterschied zu Stead kaum mit Interviews, aber ebenfalls mit langen wörtlichen Zitaten aus Reden, offiziellen Untersuchungsberichten und Dokumenten. Die vergleichsweise großen und emotionalisierenden Überschriften (wie „The Connection between Parnellism and the Irish Murder Societies“¹⁷) standen der *Pall Mall Gazette* wenig nach. Dabei knüpfte die *Times* auch an Skandalisierungstechniken an, die die *Iren* Anfang der 1880er Jahre aufgebracht hatten, insbesondere beim dargestellten Dublin Castle-Skandal 1883. Durch Ankündigungen von weiteren Artikeln mit entsprechenden Enthüllungen baute die *Times*, genau wie bei Steads Kampagne, einen Spannungsbogen auf, der die Leser binden und die Drohkulisse verstärken sollte.¹⁸ Wenig seriös war, wie die *Times* einzelne Zitatfetzen aus ihren Kontexten riss, um die von Parnell organisierte *Land League* mit brutalen Verbrechen und Morden in Verbindung zu bringen und zu beweisen, dass Parnell zwar offiziell gegen Gewalt sei, intern aber die Mörder wohlwollend unterstützte. Einzelne Aussagen von besonders radikalen *Iren* übertrug die *Times* grob verallgemeinernd auf Parnell.¹⁹ Insofern zeigte sich abermals, dass die Einteilung der Presse in Sensations- und Qualitätszeitungen, wie sie häufig von der zeitgenössischen Kritik übernommen wird, nicht immer zutrifft. Vielmehr waren die Übergänge selbst bei einem journalistischen Flakschiff wie der *Times* äußerst fließend.

Zudem erfuhr die Öffentlichkeit im Laufe des Skandals, dass die journalistische Recherche der *Times* deutlich weniger gründlich verlief als etwa bei der vermeintlichen Sensationszeitung *Pall Mall Gazette*. Während deren Herausgeber Stead bei dem *Maiden-Tribute*-Skandal eigenständig die Recherche leitete und selbst Interviews führte, bezahlte die *Times* mit hohen Summen freie Mitarbeiter, die entsprechende Ergebnisse versprachen, und kontrollierte deren Recherche kaum. In diesem Fall bot der freie Mitarbeiter Edward Caulfield Houston, der aus Dublin berichtete und bereits über den Phoenix Park-Prozess geschrieben hatte, der *Times* Belege für Parnells Verbindungen zu den Mördern an. Der Herausgeber genehmigte in Absprache mit dem Manager und dem Verleger immerhin 1780 £ für die Briefe, also mehr als das Jahresgehalt eines Redakteurs.²⁰ Da Houston zugleich Sekretär der unionistischen *Irish Loyal and Patriotic Union* war, beauftragte die *Times* einen professionellen Gegner der *Iren*-bewegung mit den Artikeln.

¹⁷ TIMES 2.5.1887.

¹⁸ Vgl. etwa TIMES 7.3.1887, S.9.

¹⁹ Als interne Einschätzung zur Zuordnung der Zitate vgl. etwa: Healy an Mrs. Nally 5. 12. 1888, in: NLI, Ms 22.827.

²⁰ Die internen Absprachen, die nicht alle schriftlich überliefert sind, lassen sich vor allem aus den Aussagen in den späteren Vernehmungen der *Special Commission* rekonstruieren; diese finden sich in: JOHN MACDONALD, *Diary of the Parnell Commission*. Revised from „The Daily News“, London 1890; *Parnellism and Crime*. The Special Commission, Reprinted from The Times, 6 Bde., London 1888.

Der Journalist und Funktionär Houston bezog die belastenden Briefe wiederum von einem irischen Journalisten namens Richard Pigott. Spätestens bei diesem Namen hätte die *Times*-Redaktion stutzig werden müssen. Denn wie damals schon bekannt war, hatte Pigott vorher für die irische Bewegung und für deren Gegner gearbeitet, je nach dem, wer von ihnen die größeren Honorare zahlte. Seine permanente Geldnot ließ ihn, wie zahlreiche Briefe belegen, selbst vor Erpressungen nicht zurückschrecken, bei denen er von irischen Politikern Geld für den Verzicht auf diskreditierende Artikel oder für Berichte mit einer bestimmten politischen Tendenz verlangte.²¹ Houston gab sich dennoch mit Pigotts Erklärung zufrieden, die Briefe stammten aus einem Pariser Hotel. Tatsächlich hatte Pigott sie eigenhändig gefälscht, indem er Versatzstücke aus echten Briefen Parnells an einer Fensterscheibe durchpauste und dann um diskreditierende Sätze ergänzte. Bezeichnender Weise bot Houston diese Briefe zunächst Stead für 1 000 Pfund für die *Pall Mall Gazette* an, der dies jedoch für ungeprüfte Belege als zu teuer ansah und ihn deshalb an die *Times* verwies.²² Damit erwies sich der Wegbereiter des *New Journalism* als deutlich vorsichtiger und quellenkritischer als die *Times*.

Der Skandal zeigte zudem, wie unprofessionell die journalistische Quellenkritik auch bei der Leitung der *Times* war. Der Herausgeber, der Manager und der Besitzer der *Times* überprüften allesamt nur eher formell die Authentizität der Briefe. Sie besorgten sich Unterschriften von Parnell und verständigten einen Schriftgutachter zum Vergleich. Anscheinend hinterfragten sie jedoch nicht, wie die Briefe in Houstons Besitz gekommen waren. Auch die Tatsache, dass die Schrift der Signatur und des Briefinhaltes differierte und auf zwei Zetteln verteilt war, machte sie nicht misstrauisch. Vermutlich waren sie aus ihrer weltanschaulichen Überzeugung heraus so geblendet, dass sie die Fälschungen in der Hoffnung auf eine spektakuläre Veröffentlichung und eine politische Kurskorrektur für echt hielten.

Bezeichnend für die journalistische Praxis der *Times* war zudem, dass das Autorenteam, das an der umfassenden Artikelserie schrieb, nicht nur aus Journalisten bestand. Wie üblich waren die Artikel nicht namentlich gekennzeichnet. Den Großteil des Textes verfasste der unionistische irische Katholik Woulfe Flanagan.²³ Wesentlich problematischer war jedoch, dass einige Artikel ein

²¹ Vgl. etwa seine Drohung an Patrick Egan, angebliche finanzielle Unregelmäßigkeiten der *Land League* zu veröffentlichen, wenn er nicht ein „Darlehen“ erhalte („there is nothing that prevents me publishing it except my arrangement with you. [...] All I want from you is a temporary loan of £ 300“; Pigott an Egan 9.3.1881, in: BL, Althorp Papers Ms. Add. 77117. Zu andere Fällen vgl. Pigott an Lyons 12.9.1884, in: ebd; Kommissionsbericht 21.2.1889 in: MACDONALD, Diary, S. 154.

²² Dies betonte Stead erst, als sich der Skandal gegen die *Times* richtete; vgl. REVIEW OF REVIEWS Febr. 1890, S. 104; Pigotism and Crime exposed. *Pall Mall Gazette* „Extra“ No 16. Ein Exemplar hiervon in: BL Gladstone Papers Ms. Add. 44634: 40. Bestätigt wird dies durch: Brett an Hartington 22.2.1889, abgedr. in: BRETT (Hrsg.), Journals and Letters, S. 138.

²³ So bereits: THE TIMES, History of the Times 1884–1912, S.777f. Wenig ergiebig ist hierzu Flanagans Nachlass im TNA, 1189.

Beamter namens Robert Anderson schrieb. Dieser hatte 1877 bis 1888 nicht nur leitend in der zentralen Strafverwaltung (*Prison Commission*) in der Bürokratie gearbeitet, sondern war auch über seine zusätzlich entlohnte Geheimdienstarbeit mit dem Innenministerium verbunden. Anschließend stieg er immerhin zum Leiter des *Criminal Investigaion Department* von Scotland Yard auf.²⁴ Wie er selbst erst zwei Jahrzehnte später öffentlich gestand, verfasste er die Artikel in der *Times* mit Billigung seines damaligen Vorgesetzten von *Scotland Yard*, weil er durch die Artikel Dynamitanschläge der Iren hätte verhindern wollen.²⁵ Zudem erhielt die *Times* vertrauliche Briefe über einen militärischen Agenten namens Henri LeCaron, die ihr ebenfalls vor allem Anderson zuspilte.²⁶ Folglich beruhten die *Times*-Artikel also nicht nur auf gefälschten Briefen und Angaben von Funktionären der anti-irischen Bewegung, sondern auch auf Material von geheimdienstlich arbeitenden Behörden. Mit dem oft beschworenen Bild einer unabhängigen „vierten Gewalt“ vertrug sich beides kaum.

Wie reagierte die Öffentlichkeit auf die Enthüllungen der *Times*? Die erhoffte breite Empörung, die zu Parnells Sturz führen sollte, konnte sie selbst unmittelbar nach der Veröffentlichung des Faksimile-Briefes nicht auslösen. Die Mehrheit der Presse blieb entweder zurückhaltend oder zweifelte die Enthüllungen der *Times* an. Ein irenfreundliches liberales Blatt wie die *Reynolds's Newspaper* druckte zwar die Briefinhalte ab, mutmaßte aber gleich, die *Times* sei getäuscht worden und täusche nun dank ihrer Senilität die Öffentlichkeit.²⁷ Andere, wie der *Standard*, die *Daily News*, der *Evening Telegraph* oder der *Daily Telegraph*, druckten die Briefe zusammen mit der sofortigen Entgegnung Parnells ab, was ebenfalls seine Schuld relativierte. Denn Parnell erklärte unmissverständlich, das Faksimile sei inklusive der Unterschrift eine Fälschung, und der Haupttext sei von keinem seiner Sekretäre geschrieben worden.²⁸ Offensichtlich war die Autorität der *Times* nicht so groß, dass ihr Wort mehr als galt als das des irischen Politikers. Ob und in welche Richtung sich der Skandal entwickeln würde, war damit solange unklar, bis die Echtheit der Briefe feststand. Die restlichen Vorwürfe der *Times*-Artikelserie wurden dagegen eher als Teil einer politischen Auseinandersetzung gesehen, weniger als skandalöse Enthüllung.

Intensive Debatten löste die Kampagne der *Times* dagegen sogleich im Unterhaus aus. Damit erreichte sie zunächst ihr Ziel, die parlamentarische Debatte über die Irlandgesetzgebung zu beeinflussen. Bei ihren Angriffen gegen Parnell

²⁴ Vgl. die Angaben zu seinem Lebenslauf in: Memorandum for the Law Officers o. D., in: TNA, HO 144/926/A49962.

²⁵ Vgl. DAILY NEWS 7.4.1910 und 8.4.1910, TIMES 12.4.1910. Sein Vorgänger und Chef bei Scotland Yard, Monro, bestritt diese Zustimmung allerdings – er hätte ihm abgeraten, die Artikel zu schreiben; vgl. TNA, HO 144/926/A49962/43.

²⁶ Vgl. Unterlagen in: TNA, HO 144/926/A49962, bes. Anderson an Matthews 8.3.1890, in: ebd. Vgl. auch die Aussage LeCaron in der Untersuchungskommission am 6.2.1889: TIMES 7.2.1889.

²⁷ REYNOLDS'S NEWSPAPER 24.4.1887, S. 4.

²⁸ DAILY TELEGRAPH 19.5.1887, S. 5.

und andere Angehörige stützten sich die unionistischen Abgeordneten explizit auf die Belege der *Times*, und forderten Parnell auf, falls die Beschuldigungen nicht zuträfen, diese durch eine Verleumdungsklage zu widerlegen.²⁹ Durch die *Times*-Artikel spitze sich die ohnehin polarisierte Kommunikation weiter zu. So warf der Unionist E. J. Sauderson den irischen Abgeordneten den Umgang mit Mördern vor, woraufhin T. M. Healy ihn als „Liar“ bezeichnete – ein für das britische Parlament empörender Ausdruck, der Healys vorübergehenden Ausschluss zur Folge hatte.³⁰ Auch bei den Spitzenpolitikern differierte die Bewertung der Briefe entlang ihrer Weltanschauung. Der liberale Oppositionsführer Gladstone sah die Briefe von Beginn an als Fälschung an.³¹ Ebenso kritisierte Gladstone in öffentlichen Reden die *Times*: Sie würde nicht wegen ihrer moralischen Position gekauft, sondern wegen ihrer guten Parlamentsberichte, den Leserbriefen von wichtigen Leuten und weil sie als mächtig gelte.³² Dagegen sah der konservative Premierminister Salisbury die Kampagne der *Times* als hilfreichen Rückenwind an und griff die Vorwürfe auf. Selbst nachdem die entscheidenden Briefe als Fälschung entlarvt waren, bezeichnete Salisbury die irischen Politiker als Mordgehilfen, die für die Verbrechen Verantwortung trugen: „When they allowed crime to go forward, it acted; when they suppressed it, it retreated“, kommentierte er öffentlich den abschließenden Kommissionsbericht.³³ Die *Times*-Kampagne löste somit zwar in der politischen Öffentlichkeit eine emotionale Empörung aus, da diese jedoch entlang der parteipolitischen Grenzen verlief, entfaltete sich vorerst noch kein größerer Skandal.

Parnell selbst verhielt sich auffallend zurückhaltend und ignorierte lange die Vorwürfe. Auf eine Verleumdungsklage verzichtete er, vermutlich, weil er das Kreuzverhör vor irenfeindlichen Londoner Richtern scheute. Denn wie neuere Forschungen andeuten, waren seine Verbindungen zu den radikalen *Fenians* (der *Irish Republican Brotherhood*) enger als bisher angenommen.³⁴ Parnell argumentierte deshalb öffentlich, wenn man ihn tatsächlich für einen Kriminellen halte, solle der Staatsanwalt eingreifen.³⁵ Erst ein Jahr später, nachdem eine Verleumdungsklage gegen die *Times* eines kaum beteiligten ehemaligen irischen Abgeordneten gescheitert war, forderte Parnell die Einsetzung eines *Select Committee*. Die konservative Regierungsmehrheit gewährte dagegen jedoch, um kein Risiko einzugehen, nur die Einsetzung einer *Royal Commission*, die

²⁹ Vgl. etwa die Debatte am 18.4.1887, Hansard's Parliamentary Debates, Bd.313, Sp.1157–1162.

³⁰ 15.4.1887, Hansard's Parliamentary Debates, Bd.313, Sp.1083–1087. Zu Healys Verhalten in diesem Kontext vgl. auch: CALLANAN, Healy, S.185.

³¹ Vgl. bes. Gladstone Diaries 28.4.1887, Bd.12, S.29.

³² DAILY NEWS 21.8.1888, S.3.

³³ TIMES 21.4.1887, S.8; Salisbury im Oberhaus 21.3.1890, Hansard's Parliamentary Debates, Bd.312, Sp.1357–1369, S.1363f. Zu Salisburys Haltung vgl. auch: ROBERTS, Salisbury, 1999, S.446; STEELE, Lord Salisbury, S.213.

³⁴ So PATRICK MAUME, Parnell and the I.R.B. Oath, in: IRISH HISTORICAL STUDIES 29.115 (Mai 1995), S.363–370.

³⁵ REYNOLDS'S NEWSPAPER 8.8.1888, S.1.

nicht Parlamentarier aller Parteien, sondern drei Richter leiteten, was eine regierungsfreundliche Untersuchung ermöglichte. Dass der *Attorney General* bei der Leitung der Kommissionssitzung ganz auf Seiten der *Times* stand, machte er bereits in der ersten Sitzung deutlich.³⁶ Das Kabinett fasste zudem den Beschluss, dass die Kommission nicht nur die Authentizität der Briefe, sondern in aller Breite untersuchen sollte, ob die Führung der irischen Nationalisten mit irgendwelchen Verbrechen in Verbindung stehe.³⁷ Auch interne Schriftwechsel dokumentieren, dass die Kommission zwar offiziell unabhängig erscheinen sollte, tatsächlich aber der *Attorney General* Richard Webster dem Premierminister Salisbury versprach, sich an mündliche Absprachen zu halten.³⁸ Dabei bediente sich die Kommission ebenso wie die *Times* einer Politik der Sensationen, indem sie Zeugen vorlud, die emotional bewegend über die bestialische Gewalt der irischen *Land League* berichteten. So vernahm sie etwa eine schöne Frau, deren Vater ermordet wurde, oder einen tauben Bauern, dem die Ohren abgeschnitten worden seien. Die eingesetzte Kommission diente somit weniger der Überprüfung der *Times*-Kampagne als ihrer Verlängerung.

Die konservative Regierung unterstützte zudem auch bei der Kommissionsuntersuchung die *Times* mit zahlreichen Informationen. Der Irlandminister Balfour und Premier Salisbury waren sich der Problematik dieser Schützenhilfe durchaus bewusst. Beide waren sich aber einig, dass die Regierung auf jeden Fall eine begleitende Recherche veranlassen müsse. Allerdings war Balfour unsicher, inwieweit diese der *Times* zugespielt werden sollte. „If we do *not* it may get wasted – if we do shall we not find ourselves in a somewhat embarrassing position?“³⁹ Salisbury entschied, entsprechende Ergebnisse fallweise zu übermitteln: „[...] if it clearly fixes some one's guilt, we shall be fulfilling an obvious elementary duty in facilitating the proof of it before the Commission.“⁴⁰ Dubliner Archivunterlagen belegen tatsächlich die bereits von Zeitgenossen geäußerte Vermutung, dass die Regierung aus ihrer Administration heraus der *Times* für die Kommissionssitzungen belastendes Material zuspielte. Diese Informationsübermittlung zwischen Ministerium, Scotland Yard und der *Times* verlief über deren Anwalt, Joseph Soames. Er versorgte die verantwortlichen Journalisten der *Times* schon vor den Sitzungen mit reichhaltigem Material.⁴¹ Wie der irische Ministerialbeamte Joyce später in einem internen Memorandum vermerkte,

³⁶ Vgl. seine Eingangsrede in: MACDONALD, Diary, S. 2f.

³⁷ „[...] in no sense restricted, but should be as large as possible – so as to bring out the circumstances of the conspiracy in their fullest scope.“ Kabinettsprotokoll 23. 7. 1888, in: TNA, CAB 41/21/14.

³⁸ Vgl. Webster an Salisbury 7. 9. 1888, in: NL, Salisbury Hatfield House.

³⁹ Balfour an Salisbury 17. 8. 1888, abgedr. in: ROBIN HARCOURT WILLIAMS (Hrsg.), Salisbury-Balfour Correspondence. Letters exchanged between the Third Marquess of Salisbury and his Nephew Arthur James Balfour 1869–1892, Cambridge 1988, S. 253.

⁴⁰ Salisbury an Balfour 22. 8. 1888, abgedr. in: ebd., S. 254

⁴¹ Vgl. vor allem die Memoranden und Briefe in: NLI, Joseph McGarrity Collection Ms 17.585; vgl. auch die überlieferten Briefe Soames an Flanagan, bes. 16. 4. u. 15. 5. 1889, in: NLI, Ms 36.681/1.

ernannte der Irlandminister Balfour ihn persönlich „as the chief agent in secretly proving and collating the greater portion of the evidence subsequently used by the *Times*“.⁴² Das ermittelte Material habe er unter größter Geheimhaltung Soames gegeben, „collating and conveying to the *Times* the most secret information filed at Dublin Castle and elsewhere.“⁴³ Hierzu hätten auch geheime Akten des Außenministeriums, der städtischen Polizei und Scotland Yards gehört. Zudem habe er bei regelmäßigen geheimen Treffen über seine Ermittlungen gegen die Iren berichtet, bei denen neben Irland-Minister Balfour der Generalstaatsanwalt, der *Times*-Anwalt Soames und der *Times*-Manager MacDonald teilgenommen hätten. Insofern spricht einiges dafür, dass die Regierung und *Times* bei der öffentlichen Diskreditierung der Iren weiterhin Hand in Hand arbeiteten. Als regierungsunabhängige „Vierte Gewalt“ brillierte die *Times* also nicht.

Neben dieser offiziellen Schützenhilfe erhielt die *Times* in der Kommission auch Unterstützung von dem Abgeordneten William O'Shea, dessen Ehefrau mit Parnell ein Verhältnis hatte, das zwei Jahre später zu dem bereits dargestellten Eheskandal führte. Bereits hier suchte er eine persönliche Rache. Mit der Begründung, er müsse danach ins Ausland, wurde O'Shea als erster Zeuge bei der Kommission vorgeladen. Er überreichte den Richtern belastende Briefe von Parnell und bezeichnete die Unterschrift des Faksimilebriefes als echt.⁴⁴ Auch der *Times* ließ O'Shea Briefe zukommen.⁴⁵ Stärker noch als beim späteren Eheskandal sprach er dabei jeden Schritt mit dem führenden Kopf der liberalen Unionisten ab, mit Joseph Chamberlain.⁴⁶ Dabei bestärkte er Chamberlain noch im Sommer 1888 in der Annahme, er wisse von Mitgliedern der irischen Partei, dass Parnells Faksimile-Brief in der *Times* „undoubtly genuine“ sei.⁴⁷ Auch bei diesem Fall vermischten sich somit private und politische Kontroversen zu einer Kampagne.

Dennoch zeigte sich, wie wenig sich ein Skandal trotz dieses vereinten Aktionismus steuern ließ. Dies betraf zunächst die Aufdeckung der Fälschung. Sie wurde gerade durch den Abdruck jenes Faksimilebriefes ausgelöst, der eigentlich die Iren besonders belasten sollte. Schon unmittelbar nach Veröffentlichung der Briefe hatten verschiedene Iren spontan den Verdacht geäußert, der Journalist Pigott habe sie gefälscht. Wie später beim Dreyfus-Skandal identifizierten Bank- und Postangestellte die in der Zeitung faksimilierte Handschrift.⁴⁸ Den

⁴² Memorandum Joyce o.D. (April 1910) in: NLI, Ms 11.119.

⁴³ Zit. ebd. Vgl. auch: Saundars an Joyce 5.5.1889 und Monro an Joyce 28.3.1890 u. 23.5.1890 (Abschrift 1910) in: NLI, Ms 11.119.

⁴⁴ Webster 31.10.1888, in: MACDONALD, Diary, S.6

⁴⁵ Vgl. O'Shea an Chamberlain 9.8.1888 und Chamberlain an O'Shea 11.8.1888, in: NLI, Ms 5752.

⁴⁶ Vgl. die Korrespondenz Chamberlain an O'Shea, in: Univ. Birmingham Special Collection, JC 8/8/1/52 u. 53, sowie JC 8/8/1/93 bis 104.

⁴⁷ Aufzeichnung Chamberlain 1.8.1888, in: Univ. Birmingham Special Collection, JC 8/8/1/92.

⁴⁸ Erklärung 7.5.1887, in: BL Althorp Papers Ms. Add. 77117. Die Annahme, T.M. Healy habe Pigott als erster überführt, geht dagegen wohl auf Healys Memoiren zurück; vgl. T.M. HEALY, Letters and Leaders of My Day, London o.D., S.271.

entscheidenden Beleg für die Fälschung brachte der von der *Times* ebenfalls mit gefälschten Briefen beschuldigte Patrick Egan, der bemerkte, dass diese Satzteile aus seiner Korrespondenz aufwiesen, die um weitere Formulierungen ergänzt waren.⁴⁹ Da Pigott früher selbst auf Seiten der irischen Nationalisten aktiv gewesen war, erinnerte sich Egan an dessen Handschrift, seine früheren Briefwechsel und seinen Charakter – zumal Pigott ihn einige Jahre zuvor erpresst hatte.

Wie bei Parnells Gegnern wurden jetzt bei seinen Verteidigern jene Journalisten und Politiker aktiv, die in fast allen Skandalen eine größere Rolle spielten. Sie schlossen sich zusammen, um die unsauberen Quellen der *Times* aufzudecken. So bestärkte der irische Journalist und Politiker Tim Healy den radikalen Journalisten und Politiker Henry Labouchere in dem Verdacht, Pigott habe die Briefe gefälscht.⁵⁰ Labouchere lockte Pigott im Oktober 1888 unter einem falschen Vorwand in seine Wohnung und erreichte dort ein Geständnis, das dieser jedoch sofort widerrief. Labouchere erfuhr hier jedoch bereits alle Einzelheiten der Fälschung und konnte sofort Gladstone die umfassende Überführung Pigotts und der *Times* mitteilen.⁵¹ Als Pigott als Zeuge der Kommission aussagte, konnten sie ihn im Kreuzverhör unter anderem damit öffentlich überführen, dass Pigott beim Aufschreiben diktierter Worten die gleichen Rechtschreibfehler wie bei den gefälschten Briefen machte. Nach einem Schuldeingeständnis floh Pigott unter gefälschtem Namen bis nach Madrid, wo er sich, als die spanische Polizei ihn verfolgte, mit einem Revolver das Leben nahm. Trotz oder gerade wegen des Selbstmordes des windigen Journalisten konnte das Schuldeingeständnis kaum deutlicher ausfallen.

Die Aufdeckung der Fälschung führte zu einer breiten Empörung und lautstarkem Spott über die *Times* und die konservative Regierung. Die vormaligen Ankläger wurden so zum eigentlich Gegenstand des Skandals. Nachdem die *Times* und die Konservativen den Begriff *Parnellism and Crime* als feststehende Redewendung aufgebracht hatten, bezeichnete die liberale, irische und die sozialistische Öffentlichkeit die politische Rechte nun konsequent nach dem Namen des Fälschers als „Pigottist“ und „pigottist press.“ Den Titel der *Times*-Serie griff etwa die *Labour World* spielerisch in einer Serie über „Unionism and Crime“ auf.⁵² Ebenso startete Steads *Pall Mall Gazette* eine ausführliche und gut recherchierte Serie über die falschen Anklagen der *Times* und ihr Zusammenspiel mit der Regierung, die er „Pigottism and Crime“ betitelte und für nur einen Penny als Broschüre in einer Sonderausgabe publizierte.⁵³ Auch diese

⁴⁹ Labouchere an Gladstone 28. 10. (1888), in: BL Gladstone Papers Ms. Add. 56449: 208.

⁵⁰ Labouchere an Healy 10. 10. 1888, in: UCD P6 B 25.

⁵¹ Labouchere an Gladstone 28. 10. (1888) und 30. 10. (1888), in: BL Gladstone Papers Ms. Add. 56449: 208.

⁵² Ausschnitte in: TNA, HO 144/926/A49962/3.

⁵³ Pigottism and Crime exposed. *Pall Mall Gazette Extra* Nr. 16, Exemplar in: BL Gladstone Papers Ms. Add. 44634: 40.

Anklage gegen die *Times* und ihre Verbindungen zu den *Tories* fiel äußerst drastisch aus:

The Times stands convicted of this infamous crime, whose heinousness it is impossible to exaggerate. Behind the Times stands the Government, which as Sir. W. Harcourt truly declared, endorse, patronize and promote every calumny of the Times against the Irish members. ' [...] Here is the real conspiracy to which the attention of every elector should be directed.'⁵⁴

Mit langem Hintergrundberichten machte die *Pall Mall Gazette* auf die vorherige journalistische Karriere von Pigott aufmerksam, die die *Times* leichtsinnig ignoriert hatte. Stead war dabei besonders gut über die interne Arbeit der Kommission informiert, weil sein Mittelsmann bei vielen Skandalen, Viscount Esher, ihn erneut mit internen Berichten versorgt hatte.⁵⁵ Steads umfassende Berichterstattung über den unseriösen Journalismus der *Times* war zweifelsohne auch eine Rache für die Schmähungen, die er zuvor durch die „Qualitätsblätter“ erhalten hatte. Indem Stead enthüllte, er habe die Briefe abgelehnt, unterstrich er seine Allwissenheit und seine Seriosität im Unterschied zur *Times*.⁵⁶

Besonders scharf fielen erwartungsgemäß die Reaktionen der irischen und irenfrendlichen Öffentlichkeit aus. Publikationen wie „Pigottism and Times“ richteten sich noch direkter gegen die Regierung: „Here is the Tory Government revealed as being in trade and traffic with the employer of an avowed forger and confessed swindler.“⁵⁷ Vorwürfe wie „conspiracy“ und „corruption“ durchzogen diese Texte. Selbst die deutschen Zeitungen der Zeit spotteten über die Leichtgläubigkeit der *Times*. Ein deutscher Journalist machte sich anschließend einen Spaß daraus, eine absurde Meldung über angebliche Forschungen von Robert Koch an die *Times* zu geben, die die *Times* zur Freude der *Pall Mall Gazette* erneut leichtfertig druckte.⁵⁸ Ebenso musste sich die Regierung seit 1888 regelmäßige detailreiche Vorwürfe und Nachfragen im Unterhaus gefallen lassen, wobei radikale und irische Abgeordnete unter Nennung von Namen die Unterstützung der *Times* durch Beamte öffentlich machten.⁵⁹ Auch wenn hier keine so markante Überführung wie bei Pigott gelang, wurde Salisburys Regierung durch die parlamentarischen Anfragen dennoch in die Enge getrieben.

⁵⁴ Ebd., S. 16.

⁵⁵ Zu diesem Austauschverhältnis vgl. BAYLEN, Politics, S. 128.

⁵⁶ Nicht nur in seinen Artikeln, sondern auch in seinen üblichen Vorabdrucken für Spitzenpolitiker stilisierte Stead sich so; vgl. etwa Steads Schreiben an Premierminister Salisbury: „[...] you may be rather amused to see how easily I might have prevented the publication of *Parnellism and Crime* and the famous forgeries.“ Stead an Salisbury 5.2.1890, in: NL Salisbury, Hatfield House.

⁵⁷ Pigottism and the Times, Exemplar in: NLI, Ms 24,520 Amy Mander Papers. Die Bemerkungen von Lyons Parnell-Biographie zu dem Fall bauen im hohen Maße auf dieser Broschüre auf.

⁵⁸ PALL MALL GAZETTE 27.11.1890, S. 2.

⁵⁹ Vgl. etwa die Anfrage: 12.11.1888, Hansard's Parliamentary Debates, Bd.330, Sp.908f.; 28.3.1889 Bd.334; 18.3.1889, Sp.44f.; 28.3.1889 Bd.334, Sp.1014f.

Aus heutiger Sicht erinnert der Skandal an die 1983 im *Stern* veröffentlichten gefälschten Hitler-Tagebücher. Im Vergleich dazu waren die Folgen des *Parnellism and Crime*-Skandals jedoch weitreichender. Ähnlich wie der *Stern* erlitt die *Times* durch den Skandal einen starken Reputationsverlust und hohe finanzielle Einbußen. Da das damalige Ansehen der *Times* jedoch weitaus größer war und die *Times* durch die langjährigen Untersuchungen äußerst hohe Kosten von angeblich 200 000 Pfund hatte, traf es sie ungleich härter. Die *Times* verlor ihren Ruf als quasi unfehlbare Tageszeitung und ihre Auflage sank in den folgenden Jahren um über ein Drittel von 65 000 auf 40 000. 1890 war sie bereits nahezu bankrott.⁶⁰ Dass sie sich in ihrer Entschuldigung gegenüber Parnell selbst als Opfer einer Verschwörung rechtfertigte, half ihr wenig.⁶¹ In der bisherigen Geschichte der *Times* war dies zweifelsohne ihr dramatischster Einschnitt. Ihr Herausgeber Buckle behielt zwar trotz seines Rücktrittsangebotes seinen Posten, ihr Manager MacDonald überlebte aber die Krise nicht; während Pigotts Überführung erkrankte er und starb Ende 1889.⁶² Gerade die scharfe Kampagne gegen die Iren förderte zudem die Gründung eines neuen Konkurrenten, des liberalen Massenblattes *The Star*, das seit 1888 mit einer pro-irischen Haltung schnell rund 200 000 Leser gewann.⁶³

Der *Times*-Skandal hatte zudem größere politische Konsequenzen als das *Stern*-Desaster mit den angeblichen Hitler-Tagebüchern. Durch den Skandal erreichte Parnell den Zenit seines öffentlichen Ansehens. Ganz gegen die Intention der *Times* und der Regierung stärkte der Fall das Vertrauen in die Integrität des Irenführers und die Lauterkeit der irischen Fraktion. Dass die Konservativen, die *Times* und der Kommissionsbericht weiterhin andere irische Abgeordnete in Verbindung mit Verbrechen brachten, war nunmehr unerheblich. Die von Parnell noch im gleichen Jahr geführten vertraulichen Absprachen mit William Gladstone über eine irische Selbstverwaltung gingen mit Parnells moralischem Sieg einher. Wäre es im folgenden Jahr nicht zu dem Skandal über Parnells Ehebruch gekommen, wäre aller Wahrscheinlichkeit nach die *Home Rule* gerade in Folge des Skandals um die *Times* umgesetzt worden.

Zudem diskreditierte der Skandal nachhaltig die konservative Regierung und die Unionisten insgesamt. Sie erlitten einen Ansehens- und Glaubwürdigkeitsverlust, der mit zu einer Reihe von Niederlagen bei den folgenden Nachwahlen

⁶⁰ Vgl. Buckles Mitteilung an Esher laut: Tagebuch Esher 9. 1. 1891, in: Churchill Archiv Centre ESHR 2/9; ENID MOBERLY BELL, *The Life and Letters of C.F. Moberly Bell*, London 1927, S. 134f. u. 233. Ähnlich auch: TIMES, *History of the Times*, Bd. 3, S. 81. Vermutlich waren die Kosten etwas geringer: 60 000 Pfund als Kosten für die Zeugen benennt der Anwalt der Times in: Soames an Buckle 17. 2. 1890, in: NL Salisbury, Hatfield House.

⁶¹ Vgl. etwa die Rechtfertigungen in: TIMES 28. 2. 1889 und 14. 2. 1890.

⁶² Sein Tod wurde auch öffentlich mit dem Prozess in Verbindung gebracht; vgl. ILLUSTRATED LONDON NEWS 21. 12. 1889, S. 786.

⁶³ Zur Gründung vgl. IAN SHEEHY, T. P. O'Connor and *The Star* 1886–90, in: D. GEORGE BOYCE und ALAN O'DAY (Hrsg.), *Ireland in Transition 1867–1921*, London und New York 2004, S. 76–91.

beitrug.⁶⁴ Dass die Konservativen den Kommissionsbericht insgesamt, trotz der eingestandenen Fälschung, als Beleg dafür interpretierten, dass die irischen Politiker doch in Verbindung zu Mördern standen, half angesichts dieser symbolischen Niederlage bei den Briefen wenig.⁶⁵ Deshalb empfahl der Irland-Minister Balfour dem Premierminister einen moderaten Kurs gegenüber den Iren, weil die Regierungsposition nach dem Skandal kaum vermittelbar sei.⁶⁶

Der Fall zeigte vor allem, dass die Zunahme von politischen Skandalen seit den 1880er Jahren nicht nur die Macht einzelner Zeitungen stärkte, sondern sie auch angreifbar machte. Der Fall war ein besonders prominentes Beispiel dafür, dass die Presse im Zeitalter der Sensationen sowohl Akteur als auch Objekt politischer Konflikte sein konnte, die in Form von Skandalen ausgetragen wurden. Die Kritik an der *Times* verfestigte zugleich journalistische Normen. Die solide, eigenständige und kritische Recherche sowie die journalistische Distanz zur Regierung und zu Behörden bildeten dabei die wichtigsten Verhaltensregeln, um dem Ideal der „vierten Gewalt“ näher zu kommen.

2. KOLLAPS EINES SPITZELSYSTEMS: DER TAUSCH-LECKERT-LÜTZOW SKANDAL

Im Vergleich zu Großbritannien verfügten die deutschen Regierungen vor 1914, insbesondere unter Bismarck, über deutlich größere Möglichkeiten der Presselenkung. Das galt zunächst für Zensurmaßnahmen. Trotz des recht liberalen Reichspressegesetzes von 1874 wurden Journalisten etwa häufig wegen Majestätsbeleidigung, Hochverrat, Aufruf zum Klassenhass, Gefährdung des öffentlichen Friedens oder unzüchtiger Schriften strafrechtlich verfolgt und ihre Zeitungen beschlagnahmt. Insbesondere im Zuge des Kulturkampfes und der Sozialistengesetze kam es trotz des gerade verabschiedeten Reichspressegesetzes schnell zu einem Anstieg der Verurteilungen, wobei ein Spitzelsystem der Politischen Polizei versuchte, die Namen der meist anonym schreibenden Journalisten zu ermitteln. Nach 1886 nahm die Zahl der Prozesse gegen Journalisten, nach einer kurzen rückläufigen Phase, erneut zu.⁶⁷ Die deutschen Regierungen gaben zugleich stärkere Anreize zur Kooperation als in Großbritannien. Insbesondere die Bestechungsgelder aus Bismarcks geheimen „Reptilienfonds“ luden ausgewählte Journalisten ein, im Sinne des Kanzlers zu schreiben. Obgleich man die Bedeutung des Reptilienfonds nicht überschätzen darf, ermöglichte er zusammen mit den ebenfalls unterstützten „offiziösen“ Blättern durchaus einen

⁶⁴ So auch die Einschätzung von: STEELE, Lord Salisbury, S. 213.

⁶⁵ Vgl. Rede Salisburys im Oberhaus 21.3.1890, Hansard's Parliamentary Debates, Bd. 312, Sp. 1357–1369.

⁶⁶ Balfour an Salisbury 26.2.1890, abgedr. in: HARCOURT WILLIAMS (Hrsg.), Salisbury-Balfour Correspondence, S. 307.

⁶⁷ Vgl. einführend WILKE, Grundzüge, S. 254; ausführlich: WETZEL, Presseinnenpolitik, bes. S. 159 u. 189.

beachtlichen Einfluss auf die Presse.⁶⁸ Auch Bismarcks Nachfolger bedienten sich, trotz der Auflösung des Fonds unter Caprivi, weiterhin staatlich alimentierter Journalisten, die heimlich Meldungen verfassten oder Verfasser von Zeitungsartikeln ermittelten. So verfügte das Innenministerium 1896 über eine Liste mit 46 Journalisten, die anscheinend alle in irgendeiner Form mit der Bürokratie kooperierten.⁶⁹

Im Vergleich zu Großbritannien war in Deutschland zudem der Kontakt zwischen den Regierungsmitgliedern und den Journalisten selektiver. Die deutschen Kanzler, Minister und das Umfeld von Kaiser und Regierung verstanden die Zeitungen vor allem als Sprachrohr, gegenüber dem man auf Distanz blieb. Nur ausgewählten Journalisten gewährten sie eine informelle Übermittlung von Informationen und Einschätzungen, die diese übernehmen sollten. Bei diesen „inspirierten“ Artikeln, wie es im damaligen Sprachgebrauch hieß, blieben die Namen der Übermittler anonym. In politischen Kreisen war allerdings recht genau bekannt, welches Regierungsmitglied welchen Journalisten empfing und „inspirierte“. Da derartige Meldungen jeweils den Charakter einer politischen Handlung hatten, lösten sie sofort Diskussionen darüber aus, wer aus welchem Grunde welche Andeutung öffentlich gemacht habe. Dabei schlossen die Politiker von den Zeitungen jeweils auf die möglichen „wahren“ Urheber, die sie dann durch ihnen vertraute Journalisten oder Polizeispitzel zu finden suchten. Dass bürgerliche Zeitungen ohne Einflüsterungen eigenständig einzelne Reichsämter gezielt in Misskredit brachten, erschien dank dieser Wahrnehmung unwahrscheinlich.⁷⁰

Charakteristisch für diese Pressepolitik war, dass sie sich nicht allein gegen gegnerische Parteien richtete, sondern häufig auch gegen Rivalen in der Reichsleitung. Derartige „inspirierte“ Veröffentlichungen konnten sich selbst gegen den Kanzler wenden, was dieser ebenfalls über offiziöse Mitteilungen beantwortete. Vor allem die Arnim-Affäre machte 1874 derartige Veröffentlichungstechniken bekannt. Sie entstand daraus, dass dem deutschen Botschafter in Paris, Graf Harry von Arnim, Ambitionen auf das Kanzleramt nachgesagt wurden und er eine andere Frankreichpolitik als Bismarck forderte. Letzteres untermauerte Arnim durch lancierte Zeitungsartikel mit Dokumenten, die Bismarcks republikfreundliche Haltung gegenüber Frankreich andeuteten, die dieser natürlich nur taktisch zur Schwächung Frankreichs hegte. Bismarck sorgte dar-

⁶⁸ Vor einer Überschätzung der Wirkung der Reptilienfonds warnt auch: REQUATE, Journalismus, S. 327f. Vgl. zur Entlohnung nach 1890 auch: STÖBER, Pressepolitik, S. 60 u. 73.

⁶⁹ Verzeichnis der Journalisten 12. 10. 1896, in: GStA, HA I Rep. 77 CB 5 Nr. 3 I. Darunter sind Namen wie Lützow, Leckert, Normann-Schumann, Huhn, Schwennhagen, Schweinburg, Hoenig und Zimmermann.

⁷⁰ Eine hervorragende Quelle, um dies auszumachen, sind die Briefe von Holstein und von Eulenburg; vgl. RÖHL (Hrsg.), Eulenburgs politische Korrespondenz; RICH FISHER (Hrsg.), Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins. Aber auch Erinnerungen und Tagebücher verdeutlichen dies; vgl. etwa Aufzeichnung Waldersees, der sich u. a. des Schwagers des Besitzers der *Frankfurter Zeitung* „bediente“: Eintrag 6. 1. 1893, in: MEISNER (Hrsg.), Denkwürdigkeiten, S. 274f.

aufhin nicht nur für Arnims Versetzung nach Konstantinopel und einen Prozess gegen Arnim wegen Entwendung amtlicher Dokumente, sondern für die Veröffentlichung von Aktenauszügen, die Arnim diskreditierten.⁷¹ Eine extra verabschiedete „Lex Arnim“, wie sie schnell genannt wurde, sollte künftig vor Indiskretionen durch Beamte des Auswärtigen Amtes schützen.

Kontrollierbar war dieses Wechselspiel aus Geheimhaltung, Veröffentlichung und Bestrafung sicher nicht. Das bekam Bismarck insbesondere 1888 in der Geffken-Affäre zu spüren, als er den konservativen Geschichtspräsidenten Heinrich Geffken verhaften ließ, weil er angeblich eine gefälschte Version des Kriegstagebuches des just verstorbenen Kaisers Friedrich III. veröffentlicht hätte. Hierauf empörte sich nicht nur die breitere Öffentlichkeit, sondern auch der neue Kaiser rückte von Bismarck ab.⁷² Bismarck machte bekanntlich dennoch selbst nach seinem Rücktritt von der Lancierung skandalöser Interna an die Presse Gebrauch, um seine politischen Gegner moralisch zu diskreditieren. So lancierte er einen Bericht, wie der verschuldete Schwiegervater des Innenministers Karl Heinrich von Boetticher saniert wurde, und 1896 ließ er über die *Ham-burger Nachrichten* enthüllen, dass der geheime Rückversicherungsvertrag mit Russland nicht verlängert worden sei.⁷³ Derartige Enthüllungen boten jeweils Stoff für eine doppelte Empörung: einerseits über die aufgedeckte Handlung, andererseits darüber, dass ein ehemaliger Kanzler durch „inspirierte“ Artikel Staatsgeheimnisse öffentlich machte, um seine Nachfolger zu treffen.

Dieses kaiserzeitliche Pressesystem aus Einflüsterungen, bezahlten Journalisten und Polizeispitzeln war bereits unter Bismarck durchaus bekannt. Um es jedoch detailliert nachzuweisen und der öffentlichen Kritik zu unterziehen, bedurfte es eines größeren Skandals. 1896/97 implodierte diese Pressepolitik, die längst ein unkontrollierbares Eigenleben entwickelt hatte, im sogenannten Tausch-Leckert-Lützwow-Skandal. Er zeigte, wie mit Hilfe von bezahlten Journalisten Minister verunglimpft wurden und wie die Polizei eigenmächtig eine intrigante Medienpolitik betrieb. Auch dieser Skandal hatte einen längeren Vorlauf. Bereits seit den frühen 1890er Jahren suchten die Minister zunehmend nach den Urhebern von „inspirierten“ Artikeln, die Interna und Falschmeldungen in wichtigen bürgerlichen Zeitungen verbreiteten. Hierzu zählten etwa Meldungen über den angeblich schlechten Gesundheitszustand des Kaisers, vermeintlich bevorstehende Kanzlerwechsel oder Indiskretionen aus dem Bundesrat. Bei letzterem kam das

⁷¹ Vgl. hierzu bereits ausführlich: GEORGE O. KENT, *Arnim and Bismarck*, Oxford 1968, S. 129–171. In der Bismarckforschung fand die Arnim-Affäre sicherlich zu Unrecht wenig Beachtung; nur knapp erwähnt ist sie in ENGELBERG, *Bismarck*, S. 99f., u. GALL, *Bismarck*, S. 568; Gall deutet sie als Angst Bismarcks vor einer „Palastintrige“.

⁷² ENGELBERG, *Bismarck*, S. 526f.

⁷³ HANK, *Kanzler*, S. 317; HAMMANN, *Der neue Kurs*, S. 11; HUBER, *Verfassungsgeschichte*, Bd. 4, S. 281; STÖBER, *Pressepolitik*, S. 159f. Zum Rückversicherungsvertrag vgl. auch: Notiz Hohenlohe 11.11.1896, in: BA/K, N 1007-1604; Eulenburg an Wilhelm II. 3.11.1896, abgedr. in: Eulenburgs Politische Korrespondenz Bd. 3, S. 1747; Bülow an Eulenburg 6.11.1896, abgedr. in: ebd., S. 1749; Aufzeichnung Eulenburg für Bülow 8.11.1896, abgedr. in: ebd., S. 1750f.

Staatsministerium noch zu dem Schluss, es handle sich wohl um „Geldgeschäfte, die von Journalisten angestrengt werden bzw. um Indiskretionen der Subalternen in den kleinen Kanzleien“.⁷⁴ Die Annahme einer untergeordneten Korruption diene damit als Beruhigung, ohne dass Urheber ausgemacht werden konnten.

Welche Intention hinter den lancierten Gerüchten aus „offiziellen Kreisen“ steckte, war oft nicht klar zu erkennen. So meldete die *Kölnische Zeitung* am 28. April 1896, Eulenburg sei als Kanzler auserwählt, weil er gegen die Reform der Militärstraßprozesse war, deren angestrebte öffentliche Prozessführung gerade hart umkämpft war. Diese „inspirierte“ Neuigkeit ließ sich einerseits als Warnung vor den Machtambitionen des Kaiserfreundes Eulenburg verstehen. Dementsprechend interpretierte Eulenburg selbst diese „Attacke in der Kölnischen Zeitung“: „Diese Aktion scheint mir von der Gruppe Marschall, Bronsart lanciert zu sein und beunruhigt mich deshalb. [...] Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Kaiser diese Artikel in der Kölnischen Zeitung ganz direkt in Zusammenhang mit dem Ausw. Amt und Bronsart bringt.“⁷⁵ Andererseits ließen sich solche Meldungen als eine doppelte Intrige interpretieren, die den Außenstaatssekretär Marschall und den Kriegsminister Bronsart von Schellendorf als Urheber von Falschmeldungen gegen Kaiserfreunde darstellen sollte, um sie beim Kaiser gezielt in Ungnade zu bringen. Eine derartige Auslegung lag dann durchaus in Eulenburgs Interesse. Entsprechend deutete Wilhelm II. den Artikel und telegraphierte sofort: „M.[arschall] und B.[ron sart] treiben ihr tolles Spiel in frechster Weise noch schlimmer als je. Der Teufel ist völlig los, es wird ein Blitzstrahl nötig werden.“⁷⁶ Gerade weil die Presse als Ort der versteckten politischen Verlautbarung galt, konnte eine derartige Zeitungsmeldung gravierende Reaktionen auslösen und als hochpolitische Intrige erscheinen, die über die Karrieren von Politikern entschied und schließlich sogar Minister stürzte.

Entsprechend intensiv gestaltete sich die Suche nach den Hintermännern solcher Artikel. Bereits 1893 fiel der Verdacht auf einen Agenten der Politischen Polizei namens Ernst Normann-Schumann. Betroffene Minister, wie Außenstaatssekretär Marschall, mieden daraufhin den Kontakt zur Politischen Polizei.⁷⁷ Auch der *Vorwärts* enthüllte 1893, dass Normann-Schumann anscheinend von Bismarck „inspiriert“ intime Kenntnisse von Hof, Diplomatie und Regierung verbreite. Normann-Schumanns Agitation für die Antisemiten und gegen die Regierung führte schließlich mit zu seiner Entlassung.⁷⁸ Aber auch danach

⁷⁴ Staatsministerium 19. 12. 1895, Bd. 120, Staatsministerium 18. 4. 1896, Bd. 122, beide in: GStA, HA I Rep 90a.

⁷⁵ Eulenburg 29. 4. 1896, abgedr. in: RÖHL (Hrsg.), Eulenburgs Politische Korrespondenz Bd. 3, S. 1663.

⁷⁶ Wilhelm II. an Eulenburg 29. 4. 1896, abgedr. in: RÖHL (Hrsg.), Eulenburgs Politische Korrespondenz Bd. 3, S. 1664.

⁷⁷ Vgl. Anklageschrift Tausch 15. 3. 1897, in: GStA, HA I Rep. 84a Nr. 58195; Kiderlen an Eulenburg 16. 4. 1893, abgedr. in: RÖHL (Hrsg.), Eulenburgs Politische Korrespondenz Bd. 2, S. 1069.

⁷⁸ Vgl. Kiderlen an Eulenburg 16. 4. 1893, abgedr. in: RÖHL (Hrsg.), Eulenburgs Politische Korrespondenz Bd. 2, S. 1069; *VORWÄRTS* 22. 4. u. 25. 4. 1893.

sparte der Journalist, der weiter den Kontakt zur Politischen Polizei pflegte, nicht mit spektakulären Artikeln, die er in insbesondere in Pariser Zeitungen veröffentlichte. Sie thematisierten etwa die wahnsinnige Unbeherrschtheit des Kaisers, Caprivis Vermögensverluste beim Zusammenbruch seiner Bank oder Lucanus „Handel“ mit Orden, um so außenpolitische Verwirrung zu stiften und die Gerüchte in die deutsche Presse und politische Öffentlichkeit einzuspeisen.⁷⁹ Bereits der Fall Normann-Schumann deutet damit an, dass sich der von Bismarck geschaffene Polizeiapparat zu verselbständigen drohte.

Dass für diese intrigante Pressepolitik nicht allein Minister und das Umfeld des Kaisers verantwortlich waren, sondern die Politische Polizei und ihre journalistischen Spitzel, legte schließlich 1896 der weltweit als sensationell bewerteter Skandal um den Kriminalkommissar Eugen von Tausch offen.⁸⁰ Die Öffentlichkeit erfuhr nun detailliert, dass die Politische Polizei durch bezahlte Journalisten eigenständig gezielte Falschmeldungen verbreitet hatte, um Minister zu stürzen und eine Politik im Bismarck'schen Sinne zu erreichen. Ähnlich wie der britische *Parnellism and Crime*-Skandal um die *Times* machte der deutsche Skandal die komplexen Beziehungen zwischen Regierung und Presse öffentlich und verhandelte, wie eine journalistische Recherche auszusehen habe. Von seinem Ergebnis her stand der Skandal für den Kollaps von Bismarcks Pressesystem, das seiner Eigendynamik erlag. „Wir haben das traurige Schauspiel vor uns, daß das Lockspitzeltum der politischen Polizei, das in der Zeit der Sozialistenverfolgung eine so traurige Rolle spielte, sich schließlich gegen die Regierung selbst gekehrt hat, daß es Ministerstürzerei und Ministerhetzerei mit Erfolg getrieben hat [...]“, fasste die liberale *Frankfurter Zeitung* diese ebenso groteske wie spektakuläre Enthüllung zusammen.⁸¹

Ausgelöst wurde der Skandal im September 1896 durch eine erneute „inspirierte“ Pressemeldung mit intriganten Verdächtigungen. Die Nachrichtenagentur WTB hatte einen Toast des Kaisers auf den russischen Zar Alexander angeblich durch einen Hörfehler so übermittelt, dass sich daraus eine russlandkritische Nuance ergab. Daraufhin setzte die Suche nach dem Urheber der Falschmeldung ein, da sie außenpolitische Konsequenzen zu haben drohte.⁸² Die liberale

⁷⁹ So zumindest die Erinnerung von: HAMMANN, Der neue Kurs, S. 74.

⁸⁰ Vgl. etwa zur englischen Rezeption die Wertungen in: TIMES 8. 12. 1896, STANDARD 8. 12. 1896, DAILY TELEGRAPH 7. 12. 1896, MORNING POST 9. 12. 1896; DAILY NEWS 9. 12. 1896.

⁸¹ FRANKFURTER ZEITUNG 4. 12. 1896.

⁸² Wilhelms Toast beim Zarenbesuch in Breslau am 5. 9. 1895 lautete angeblich: „Je puis vous assurer, Sire, que je suis animé des mêmes sentiments traditionels que Vотре Majesté“; das WTB meldet jedoch „[...] que mon Père“, was angesichts der geringen Sympathie von Wilhelms Vater für Russland als Affront galt; zur Rekonstruktion vgl. Anklageschrift Erste Staatsanwalt 3. 11. 1896, in: GStA, HA I. Rep. 84a Nr. 58196. Zum Tausch-Skandal liegen bisher, trotz seiner immensen Bedeutung, so gut wie keine wissenschaftlichen Arbeiten vor; vgl. bisher nur die ältere marxistische Interpretation: DIETER FRICKE, Die Affäre Leckert-Lützow-Tausch und die Regierungskrise von 1897 in Deutschland, in: ZfG 7 (1960), S. 1579–1603; Hinweise bes. aus der SPD-Presse in: HALL, Scandal, S. 106–111.

Welt am Montag behauptete daraufhin in mehreren Artikeln, die erste Depesche sei

von einer der jüngst so oft besprochenen ‚unverantwortlichen‘ Stellen der ‚Nebenregierung‘ ausgegangen und dem Vertreter des officiösen Drahtes in die Feder diktiert worden. Unser Gewährsmann steht nicht an, als den Urheber dieser ‚Aktion‘ einen hohen Beamten der kaiserlichen Hofhaltung zu bezeichnen, dessen Person zwar bisher noch nicht unter dem Begriff ‚Nebenregierung‘ fiel [...].⁸³

Damit wies der Artikel, der sofort in der gesamten Presse Beachtung fand, ohne Namensnennung direkt auf den Oberhofmarschall August von Eulenburg und englandfreundliche Kreise hin.

Bezeichnenderweise war der zuständige Abteilungsleiter der Politischen Polizei, Eugen von Tausch, der auch in diesem Fall mit der Suche der journalistischen Übeltäter und Hintermänner beauftragt wurde, gleichzeitig der eigentliche Drahtzieher dieser Falschmeldung. Durch die von seiner Behörde bezahlten Journalisten hatte er genau jene Falschmeldung verbreiten lassen, gegen die er jetzt ermitteln sollte. Entsprechend vertuschte der Kommissar die Spur und lenkte den Verdacht auf den Außenstaatssekretär Adolf Marschall von Bieberstein.⁸⁴ Die antisemitische *Staatsbürger-Zeitung* benannte den Außenstaatssekretär, durch Hinweise von Tausch und Lützow, dann auch öffentlich als Verantwortlichen für die Verleugnung.⁸⁵ Da Marschall seit Jahren Hauptopfer derartiger Meldungen war, hatte er jedoch schon seit einiger Zeit eigenständige Ermittlungen begonnen. Als früherer Staatsanwalt in derartigen Dingen geschult, berief er zahlreiche Journalisten ein und befragte sie auf deren Quellen, insbesondere im Verkehr mit Ministerien und der Politischen Polizei. Dabei fand er heraus, dass Tausch bewusst falsche Journalisten als Urheber benannt hatte, die als Vertraute seines Ministeriums galten. Als Urheber des Kaisertoast-Artikels in der *Welt am Montag* machte er zwei von Tausch bezahlte Journalisten aus, die angeblich ihre Informationen direkt vom Auswärtigen Amt haben wollten, tatsächlich aber nie von Marschall empfangen worden waren. Hier handelte es sich um den 19-jährigen Journalisten Heinrich Leckert, der erst seit kurzem in Tausch Diensten für verschiedene Zeitungen schrieb, und den 40-jährigen Journalisten Freiherr Karl von Lützow, der seit 1892/93 im geheimen Dienst der Politischen Polizei Artikel und Gerüchte in den Medien platzierte. Gegen beide erfolgte Anfang Dezember 1896 ein Prozess wegen Beleidigung.

Damit brachte weder die Presse noch der Reichstag, sondern ein Staatssekretär den Skandal maßgeblich ins Rollen, indem er die Missstände in der Bürokr-

⁸³ WELT AM MONTAG Nr. 39, 28. 9. 1896. Am 5. 10. 1896 bekräftigte sie dies.

⁸⁴ Die hier sehr geraffte Rekonstruktion des Falles stützt sich vornehmlich auf die Ermittlungsakten und die Aussagen bei den späteren Prozessen; vgl. bes. Anklageschrift 15. 3. 1897, in: GStA, HA I Rep. 84a Nr. 58195; Prozessaussagen in gedruckter Form auch in: FRIEDLAENDER, Interessante Kriminal-Prozesse, Bd. 4, S. 72–159.

⁸⁵ STAATSBÜRGER-ZEITUNG Nr. 495, 21. 10. 1896 u. Nr. 497, 22. 10. 1896. Wegen des Artikels „Zum Kapitel Offiziöse Pressmisswirtschaft“ wurde dieses Blatt daraufhin konfisziert; vgl. Königliche Amtsgericht 21. 10. 1896, in: LB, Pr. Br. Rep. 30 Nr. 13859.

tie aufdeckte. Allerdings hatten ihm insbesondere Journalisten der liberalen Presse, wie der Chefredakteur des *Berliner Tageblattes* Eugen Wolf, die maßgeblichen Hinweise auf die Intrigen der Politischen Polizei gegeben. Bei dem Beleidigungsprozess gegen die beiden Journalisten Lützow und Leckert trat Außenstaatssekretär Marschall eigentlich als Zeuge auf, er übernahm aber mit seiner Aussage schnell die Rolle des Anklägers. Dabei klagte er Kommissar Tausch öffentlich an, falsche Informationen zu verbreiten. Seit mindestens 1891, so habe er ermittelt, hätte die Geheime Polizei skandalöse Artikel gegen verschiedene Staatssekretäre lanciert. Die Notwendigkeit, diese Interna nun öffentlich zu machen, rechtfertigte Marschall mit den später viel diskutierten Worten: „Wenn aber die Vertrauensmänner des Herrn von Tausch sich erdreisten, mich, meine Beamten und das Auswärtige Amt zu verleumden, so flüchte ich in die Öffentlichkeit und brandmarke dies Treiben (Große anhaltende Bewegung).“⁸⁶ Auf Marschalls „Flucht an die Öffentlichkeit“ hin wurde Tausch verhaftet und verschiedene Ermittlungsverfahren gegen ihn begonnen.

Bereits diese ersten Enthüllungen galten international als eine Sensation. Die *Times* sprach in ihren zahlreichen Artikeln etwa von einem „political cause célèbre“, der *Spectator* titelte sogar „The German Panama“.⁸⁷ Unverkennbar prägten die zahlreichen Berichte die britischen Vorstellungen über die deutsche Pressepolitik. *Steads Review of Reviews* beschrieb Deutschland als einen vor-modernen Staat, in dem die Geheimpolizei Journalisten einfach verhaften könne und Falschmeldungen verbreite.⁸⁸ Andere englische Blätter, wie der *Daily Telegraph*, deuteten den Fall in Verbindung mit den anderen Skandalen als Zeichen für die generell fehlgeleitete Politik in Deutschland.⁸⁹ Die englischen Zeitungen erwarteten in ihren ausführlichen Berichten dementsprechend als Resultat des Skandals ein Ende der Pressebeeinflussung, die sie vor allem Bismarck und seinem Sohn anlasteten.⁹⁰ Dem Skandal wurde somit optimistisch eine reinigende Kraft zugeschrieben.

Auch in der deutschen Presse fehlte es nicht an Superlativen, um die große Bedeutung des Falles zu betonen. Die *Berliner Illustrierte Zeitung* meinte, dass ein „Rekord für das Sensationelle, das in jenem Hause [dem Gericht] geboren wird, aufgestellt wurde.“⁹¹ Das ebenfalls liberale *Berliner Tageblatt* kam zu dem Schluss, der Fall würde selbst französische Skandale noch überbieten. Dass die

⁸⁶ Aussage in: FRIEDLAENDER, Kriminal-Prozesse, Bd. 4, S. 129; wortgleich auch von verschiedenen Presse-Stenographen festgehalten, vgl. etwa: BERLINER LOKAL-ANZEIGER Nr. 571, 5. 12. 1896.

⁸⁷ Zit. SPECTATOR 12. 12. 1896 u. TIMES 5. 12. 1896, S. 7; vgl. bes. die Berichte der TIMES bis 12. 12. 1896, S. 7.

⁸⁸ REVIEW OF REVIEWS Januar 1897, S. 6.

⁸⁹ „It is obvious that there is something wrong in Germany, not only in the distant colonies, where men like Wehlan and Leist could work their will upon defenceless savages, but in the very heart of the cultivated fatherland.“ DAILY TELEGRAPH 7. 12. 1896.

⁹⁰ So TIMES 8. 12. 1896, REYNOLDS'S NEWSPAPER 13. 12. 1896, S. 1; STANDARD 8. 12. 1896, DAILY TELEGRAPH 7. 12. 1896, MORNING POST 9. 12. 1896; DAILY NEWS 9. 12. 1896.

⁹¹ BERLINER ILLUSTRIRTE ZEITUNG Nr. 50, 13. 12. 1896.

Politische Polizei Verdrehungen, Verleumdungen und Urkundenfälschungen begangen habe, deutete sie als Zeichen für den Verfall des preußischen Staates: „Es wurde ein System aufgedeckt, so verrotten und verderblich, wie selbst der härtestgesottene Pessimist es im preußischen Staate, im deutschen Reiche, nicht für möglich gehalten hätte.“⁹² Damit übernahmen selbst die Liberalen jenes Verfallsnarrativ, das vor allem die Sozialdemokraten heranzogen. So sprach der *Vorwärts* von einem Prozess gegen türkische „Nebenregierungen“, die aus der Zeit der Sozialistengesetze gut bekannt seien, und zog Analogien zur Halsbandaffäre im Vorfeld der Französischen Revolution.⁹³ Auch in den Kneipengesprächen wurden extrem emotionale Ausbrüche über das Verhalten von Tausch verzeichnet.⁹⁴

Der Skandal zeigte, wie der für die Presse zuständige Polizeikommissar Tausch über die Medien eigenständig Politik betrieben hatte. Seine zahlreichen Normverstöße lassen sich in drei Kategorien gruppieren. Erstens hatte Tausch, unabhängig von seiner Pressepolitik, gegen den generellen Verhaltenskodex der Beamten verstoßen. So hatte er nicht nur im Dienst, sondern auch vor Gericht falsche Aussagen gemacht. Seinen Journalisten hatte er gegen Bezahlungen falsche Aussagen und Unterschriften mit falschen Namen abverlangt, was den Bestand der Urkundenfälschung erfüllte. Zudem hatte Tausch bei zahlreichen Journalisten und Zeitungsverlegern zum Teil hohe Schulden gemacht, die sich auf bis zu 30 000 Reichsmark und damit auf mehrere Jahreseinkommen beliefen. Diese zinslosen Kredite zahlte er kaum zurück und zum Teil wurden sie ihm erlassen; so erließ der Großverleger Scherl ihm etwa „einige 1 000 M.“⁹⁵ Gerade diese hohen Geldgeschenke von Journalisten an genau den Beamten, der die Ermittlungen gegen die Presse leitete, erfüllten unverkennbar den Tatbestand der Korruption.

Zweitens hatte der Kommissar die ihm unterstehende Aufklärung von Pressemeldungen zur persönlichen Politikgestaltung benutzt. Bei der ihm aufgetragenen Suche nach Journalisten, die die betroffenen Regierungsmitglieder nach beleidigenden Artikeln verlangten, hatte er bewusst falsche Namen genannt, um den Verdacht auf ihm missliebige Staatssekretäre zu lenken oder diese gegeneinander aufzuhetzen. So nannte er etwa den Innenminister als Urheber eines Zeitungsartikels der meldete, das gesamte Preußische Staatsministerium sei für die Öffentlichkeit der Kriegsgerichtsprozesse und der Kaiser entscheide deshalb nun über den Verbleib des Kriegsministers. Gegenüber Lützow und Leckert

⁹² BERLINER TAGEBLATT Nr. 621, 6. 12. 1896.

⁹³ VORWÄRTS Nr. 287, 8. 12. 1896.

⁹⁴ Polizeibericht Schutzmann Struve 26. 5. 1897 u. 5. 6. 1897, in: StAH, S 3930-23 Bd. 4.

⁹⁵ Scherl an Dieterici 10. 11. 1897 in: LB, Pr. Br. Rep. 30 Nr. 8452/2. Schulden hatte Tausch etwa bei dem Redakteur Hildesheimer, Chefredakteur Oberwinder und Goldberger. Tausch hatte über den *Berliner Tageblatt*-Chefredakteur Levysohn auch nach einem Darlehen von Mosse gefragt, der lehnte dies jedoch ab. Die Gesamtsumme der Schulden wurde erst auf 12 000 Mark, dann auf 30 000 beziffert; vgl. Urteil Disziplinarverfahren Tausch 23. 2. 1898 und Gutachten in der Disziplinaruntersuchung Tausch 22. 10. 1898, in: GStA, HA I Rep. 90 Reihe F Nr. 2930; Urteil Disziplinarverfahren 5. 1. 1898 in: LB, Pr. Br. Rep. 30 Nr. 8452/2.

belegte er diese Ansicht damit, Kriegsminister Bronsart habe dies gesagt und Hohenlohe und Marschall hätten Bronsarts Vermutung bestärkt.⁹⁶ Durch derartige Verdächtigungen schuf Tausch innerhalb der Regierung ein Klima des Misstrauens, das die ohnehin bestehende Regierungskrise verstärkte.

Drittens hatte der Kommissar über bezahlte Journalisten, die 200 bis 300 Mark im Monat dafür erhielten, eigenständig politische Meldungen oder Gerüchte in die Zeitungen lanciert. Dies waren mitunter nur banale Vorschläge für die politische Debatte. Hierzu zählte etwa die Meldung, die Beschäftigung von Ausländern in der Waffenproduktion berge die Gefahr des Geheimnisverrates, die er über seinen Journalisten Wingolf Staerck im *Berliner Tageblatt* platzierte.⁹⁷ Zu diesen eher banalen Artikeln zählten auch Berichte über ihn selbst. So gab er Lützow den Auftrag, ihn als Helden eines Prozesses herauszustellen: „Schreiben Sie, dass Kriminalkommissar v. Tausch in dem Landesverratsprozeß sich große Dienste erworben habe“, wies er ihn an und gab ihm per Zettel eine Vorlage.⁹⁸ Brisanter war bereits, dass der Kommissar intime Gerüchte über den Monarchen verbreitete, wie über eine angeblich bevorstehende komplizierte Ohrenoperation.⁹⁹ Über Normann-Schumann wurde etwa unter den Reichstagsabgeordneten lanciert, „Der Kaiser hat bei den Juden ungeheure Schulden, weil er seiner Frau Schmuck gekauft hat.“¹⁰⁰ Damit versuchte der Polizeiaгент einen Skandal auszulösen, der an die Halsbandaffäre anknüpfte. Direkte Politik betrieb Tausch durch von ihm lancierte Artikel gegen den „neuen Kurs“. Marschall hielt dem Kommissar vor Gericht vor, dass er von 1890 bis 1893 den Journalisten Normann-Schumann als Agenten beschäftigte, der „fast alle Skandalartikel“ gegen das Auswärtige Amt verfasste, obgleich Tausch eigentlich gegen diesen Journalisten ermitteln sollte.¹⁰¹ Auch unabhängige Journalisten, wie Maximilian Harden, versorgte Tausch mit Nachrichten gegen Caprivi, Boetticher und Wilhelm II.¹⁰² Zudem ergaben die Ermittlungen, dass Tausch in seinen Hintergrundgesprächen mit Journalisten keine unzweideutigen Urteile scheute. So bezeichnete er Marschall und Hohenlohe gegenüber Journalisten als „Schwachköpfe“ und „Waschlappen.“¹⁰³ Selbst wenn Tausch

⁹⁶ MÜNCHENER NEUESTE NACHRICHTEN 4.11.1895; vgl. Anklageschrift 15.3.1897, in: GStA, HA I Rep. 84a Nr. 58195.

⁹⁷ Vernehmung Tausch 18.10.1897, in: LB, Pr. Br. Rep. 30 Nr. 8452/2.

⁹⁸ Zit. Tausch an Lützow, Dokument verlesen im Prozess, in: FRIEDLAENDER, Kriminal-Prozesse, Bd. 4, S. 104. Zu Artikeln, die ihn selbst lobten, vgl. Urteil Disziplinarverfahren Tausch 23.2.1898, in: GStA, HA I Rep. 90 Reihe F Nr. 2930; Gutachten in der Disziplinaruntersuchung Tausch 22.10.1898, in: GStA, HA I Rep. 90 Reihe F Nr. 2930.

⁹⁹ Urteil Disziplinarverfahren 5.1.1898 in: LB, Pr. Br. Rep. 30 Nr. 8452/2.

¹⁰⁰ Aussage Oscar Knack laut: Staatsanwalt 10.6.1897, in: GStA, HA I Rep. 84a 49813-9.

¹⁰¹ Aussage abgedr. in: FRIEDLAENDER, Kriminal-Prozesse, Bd. 4, S. 109. Bericht Staatsanwalt 6.5.1897, in: GStA, HA I Rep. 84a Nr. 58195.

¹⁰² Anklageschrift 15.3.1897, in: GStA, HA I Rep. 84a Nr. 58195; Urteil Disziplinarverfahren 5.1.1898 in: LB Pr. Br. Rep. 30 Nr. 8452/2.

¹⁰³ Gutachten in der Disziplinaruntersuchung Tausch 22.10.1898, in: GStA, HA I Rep. 90 Reihe F Nr. 2930.

nicht alle Meldungen unterbringen konnte, setzte er genügend Gerüchte in die Welt.

Schon nach den ersten Enthüllungen erschien der Kommissar wie eine Nebenregierung, die über die Presse politische Weichen gestellt hatte. Der Sturz von Reichskanzler Caprivi und der Rücktritt von Innenminister Ernst Matthias von Köller 1895 wurden öffentlich mit Tauschs Pressepolitik in Verbindung gebracht.¹⁰⁴ Aber auch der große Hofskandal von 1894, die sogenannte Kotze-Affäre um die skandalösen Briefe im Umfeld des Kaisers, erschienen als sein Werk, das er mit Hilfe von Norman-Schumann inszeniert hätte, wie auch der Kaiser in einer Anfrage vermutete.¹⁰⁵ Immerhin hatte Tausch in der Kotze-Affäre nicht nur ermittelt, sondern auch Beweise unterschlagen, was seine Verantwortung an dieser Affäre zwar nicht belegt, wohl aber zeigt, dass er auch hier Verdächtigungen gezielt nach seinen Ansichten kanalisierte.¹⁰⁶

Tausch galt durch sein intimes Wissen um den Hof selbst für die Stellung des Kaisers als eine potentielle Gefahr. So berichtete Holstein, die graue Eminenz des Auswärtigen Amtes, gegenüber Eulenburg: „Denn schon jetzt wird in der Gesellschaft emsig verbreitet, der Kaiser habe Angst, weil Tausch gedroht habe, Weibergeschichten zu enthüllen. Natürlich ist das Unsinn; denn Tausch, selbst wenn er was weiß, wird sich wohl hüten, etwas zu enthüllen, weil er sonst später weder Gnade noch Ungnade zu erhoffen hat.“¹⁰⁷ All dies unterstrich die Inversion einer bürokratischen Institution und ihrem Verhältnis zum Öffentlichen und Geheimen. Während die Politische Polizei eigentlich staatliche Geheimnisse vor der Presse schützen und so Skandale verhindern sollte, erschien sie nun als Urheber skandalöser Veröffentlichungen.

Durch den Vorstoß des Außenstaatssekretärs erhielt der Skandal die übliche Dynamik. Auf Marshalls „Flucht in die Öffentlichkeit“, wie es schnell hieß, meldeten sich zahlreiche Journalisten und Politiker mit weiteren Informationen bei ihm, was die Ausweitung des Skandals beschleunigte.¹⁰⁸ Besonders die Sozi-

¹⁰⁴ So auch bürgerliche Zeitungen wie: VOSSISCHE ZEITUNG Nr. 63, 7.2.1897; FRANKFURTER ZEITUNG Nr. 29, 29.1.1897; KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG Nr. 845, 11.12.1896; auch im Reichstag wurden diese Gerüchte angeführt: RT 5.2.1897 IX. Leg.per., 168. Sitz, IV. Session 1895/97, Bd. 6, S. 4473 u. 4485.

¹⁰⁵ Der Justizminister sah jedoch in seiner Antwort Tausch nicht als Urheber der Briefe, sondern allenfalls Normann-Schumann in Verbindung mit Tausch; vgl. Justizminister an Oberstaatsanwalt 21.1.1897, in: GStA, HA I Rep. 84a Nr. 58195; Erste Staatsanwalt an Justizminister 22.1.1897 u. Justizminister an Wilhelm II. 24.1.1897, in: ebd.

¹⁰⁶ Vgl. Beweisanträge Friedmann 14.12.1894, in: GStA, HA I, Rep. 89, Nr. 3307/9; Aussage-Protokolle 29.9. und 22.10.1894, in: GStA, HA I Rep. 89 3307/5; Protokoll 29.9.1894, in: GStA, HA I Rep. 89 3307/5; Oberstaatsanwalt Drescher an Kotze 9.5.1895, in: GStA, HA I Rep. 84a Nr. 58193. Zur Kotze-Affäre vgl. Kap. VI.3.

¹⁰⁷ Holstein an Eulenburg 5.3.1897, abgedr. in: RÖHL (Hrsg.), Eulenburgs Politische Korrespondenz, Bd. 3, S. 1796. Dass Tausch um die Liebesaffären von Wilhelm II. wusste und daher eine Gefahr für den Kaiser darstellte, deutet auch Röhl an: DERS., Wilhelm II., Bd. 2., S. 753.

¹⁰⁸ Vgl. die Schreiben an Marshall 5.12.1896, und 11.12. in: PAAA R 1239; Griesemann an Marshall 8.1.1897 und Einzelaussagen wie am 17.4.1897, in: ebd.

aldemokraten brachten eigene Ermittlungsergebnisse vor. Da sie am meisten unter der Politischen Polizei gelitten hatten, verfügten sie seit längerem über Material. So konnte Bebel im Reichstag enthüllen, dass sozialdemokratische Vertrauensleute den Polizeispitzel Normann-Schumann observiert hatten, seine Besuche im Innenministerium beobachteten und Originalbriefe und Artikel von ihm besitzen würden, die Normann-Schumanns Angriffe auf den Kaiser, Reichskanzler Caprivi und Marschall belegten.¹⁰⁹ Damit übernahm die SPD wieder die Rolle des investigativen Anklägers. Zugleich zeigten die Sozialdemokraten, dass sie selbst mit den Methoden der Politischen Polizei operierten und quasi deren Aufgaben übernahmen, um den Staat zu schützen. Auch wenn die SPD diesen Skandal nicht angestoßen hatte, trieb sie ihn so zumindest sichtbar voran. Der Chefredakteur des *Vorwärts*, Wilhelm Liebknecht, übergab dem Staatsanwalt tatsächlich 21 Briefe von Normann-Schumann und acht Nummern der *Mémorial Diplomatique*, die dessen Autorschaft dokumentierten.¹¹⁰ Auch Bebel trat im Prozess als Zeuge gegen ihn mit Material auf und kündigte öffentlich an, dass er die Hintermänner von Tausch kenne und diese im Reichstag nennen werde.¹¹¹

Dabei ging es den Sozialdemokraten selbstverständlich nicht nur um die Verhaftung der korrupten Polizisten und Journalisten. Vielmehr wollten sie den Skandal als verdichteten Beleg für ihre generellen Anklagen gegen das Kaiserreich ausbauen. Intern sah Bebel den Skandal schon vor dem Prozess als „gefundenes Fressen“ für die SPD¹¹², und auch im folgenden Jahr bildete der Skandal ein Zentrum seiner Agitation, wie Bebel in einem Brief unterstrich: „Er lieferte eine Fundgrube von Waffen für uns zur Verwendung im Reichstag. So ist noch kein System bloßgestellt worden. Es ist ein unabwendbares Verhängnis, was unsere Gegner immer thun, sie blamieren sich und nützen uns. Wäre ich Gegner, ich würde aus Verzweiflung an dem von mir zu vertretenden System Social-Demokrat.“¹¹³ Der Fall war damit eine Staatskrise, die der SPD im doppelten Sinne zu helfen versprach: Er mobilisierte ihre Anhänger und ließ den Abbau der polizeilichen Willkür erhoffen. Gebremst wurde die SPD-Kampagne allerdings im Mai 1897, als bekannt wurde, dass der Polizeiagent Normann-Schumann selbst für den *Vorwärts* 1895/96 einige Artikel gegen Caprivi verfasst hatte. Deshalb empfahl Bebel dem Chefredakteur des *Vorwärts*, keine Artikel hierzu mehr zu publizieren.¹¹⁴ Im Tauschprozess musste Bebel diese Kooperation öffentlich zugeben.¹¹⁵ Auch dies zeigte die unberechenbare Eigendynamik von Skandalen, deren Enthüllungen sich immer auch gegen die Ankläger wenden konnten.

¹⁰⁹ RT 5.2.1897 IX. Leg.per., 168. Sitz, IV. Session 1895/97, Bd. 6, S. 4482f.

¹¹⁰ Staatsanwalt 4. 11. 1897, in: GStA, HA I Rep. 84a 49813.

¹¹¹ KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG Nr. 845, 11. 12. 1896.

¹¹² Bebel an V. Adler 1.12.1896, in: VICTOR ADLER, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, Wien 1954, S. 224.

¹¹³ Bebel an Frau Bahlmann 10. 6. 1897, in: BAB/L, NY 4022-121: 22.

¹¹⁴ Bebel an W. Liebknecht 15.5.1897, in: BAB/L, NY 4034-134.

¹¹⁵ Auch der Vorwärts druckte diese Prozessaussage Bebels: VORWÄRTS Nr. 123 29.5.1897.

Zwischen Oktober 1896 und Frühjahr 1897 führte der Skandal zu einer breiten öffentlichen Debatte über unterschiedliche Normen, die weit über die konkrete Arbeit einzelner Polizisten und journalistischer Agenten hinausreichte. Dabei ging es zunächst um die gerade in Deutschland virulente Frage, ob man derartige Missstände in der Bürokratie überhaupt öffentlich aufdecken dürfte. Im preußischen Staatsministerium war es schon vor dem Prozess umstritten gewesen, ob Marschall und Tausch generell zu den „Preßhetzereien“ vor Gericht und damit in der Öffentlichkeit aussagen dürften oder sich hinter das Amtsgeheimnis zurückziehen müssten.¹¹⁶ Danach machte auch Wilhelm II. Marschalls öffentliche Aussage direkt für den Skandal verantwortlich und fragte ihn vorwurfsvoll: „Was ist das für ein entsetzlicher Schlamm, der in dem Lützow-Prozeß aufgerührt worden ist.“¹¹⁷ Sein ohnehin bestehender Argwohn gegen den Außenstaatssekretär wurde dadurch verstärkt, und Wilhelms Umfeld riet ihm, Marschall nun umso schneller zu entlassen. Insbesondere Eulenburg flüsterte dem Kaiser ein, dass sich Marschall auf Kosten des Kaisers von den liberalen Stammtischen feiern lasse.¹¹⁸ In der internen Auseinandersetzung verteidigte zumindest Reichskanzler Hohenlohe das Vorgehen Marschalls, da nur so die politischen Verleumdungen beendet und das „ganze Polizeineist“ ausgehoben werden könne.¹¹⁹

In der Öffentlichkeit erhielt Marschalls Anklage eine klare Unterstützung. Die liberale, katholische und linke Presse begrüßte seine „Flucht in die Öffentlichkeit“ als einen vorbildlichen und notwendigen Akt der Reinigung. Nur Teile der Konservativen sahen dies weiterhin anders. Ihnen zufolge sollten Missstände in der Regierung und Bürokratie geheim bleiben, um die Autorität des Staates nicht zu gefährden. Die konservative Presse forderte sogar Marschalls Entlassung, da er die Geschlossenheit der Ministerien durchbrochen und das Ansehen der Beamten vermindert habe, was nur die SPD stärken würde.¹²⁰ Selbst Maximilian Harden vertrat diese Position und richtete sich gegen Marschalls Vorgehen.¹²¹ Als Ideal führten die Konservativen Bismarck an, der solche Missstände „mit eiserner Hand“ beseitigt hätte, ohne sie öffentlich zu machen.¹²² In der öffentlichen Debatte war diese konservative Deutung jedoch klar in der Minderheit.

¹¹⁶ Insbesondere der Innenminister sprach sich dagegen aus, Marschall, Boetticher und Justizminister Schönstedt waren dafür. Bezeichnenderweise wurde für diesen Sitzungsteil aus Angst vor Indiskretionen extra ein getrenntes geheimes Protokoll angefertigt, das überliefert ist; vgl. Staatsministerial-Sitzungsprotokoll 27.11.1896, und 15.12.1896 in: GStA, HA I Rep. 90 A Nr. 3583-202b sowie 263a.

¹¹⁷ Wilhelm II. an Marschall 5.12.1896, in: PAAA R 1239.

¹¹⁸ Eulenburg an Bülow 10.12.1896, abgedr. in: RÖHL (Hrsg.), Eulenburgs Politische Korrespondenz Bd. 3, S. 1766.

¹¹⁹ Vgl. Hohenlohe-Schillingsfürst an Holstein 17.10.1896 u. an Wilhelm II. 8.12.1896 (Entwurf), in: HOHENLOHE-SCHILLINGSFÜRST, Denkwürdigkeiten, S. 269 u. 287f.

¹²⁰ DEUTSCHE ZEITUNG 2.2.1897; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG 3.2.1897.

¹²¹ DIE ZUKUNFT 12.6.1897, S. 31f.

¹²² So Graf von Mirbach: RT IX. Leg.per., 168. Sitz, IV. Session 1895/97, Bd. 6, S. 4480.

Dies zeigte sich ebenso bei den Parlamentsdebatten im Kontext des Skandals. Auch hier hatten verschiedene konservative Landtags- und Reichstagsabgeordnete Marschall angegriffen und ihm einen Verstoß gegen preußische Traditionen vorgeworfen.¹²³ Reichskanzler Hohenlohe betonte dagegen die Notwendigkeit, mit solchen Missständen an die Öffentlichkeit zu gehen,¹²⁴ und der Außenstaatssekretär verteidigte im Reichstag die Veröffentlichung derartiger Vorgänge. Den Vorwurf, er verhalte sich als Minister wie früher als Staatsanwalt, griff er produktiv auf. Unter Verwendung der Licht-Metaphern, mit denen der Begriff „Öffentlichkeit“ historisch verbunden war, argumentierte er im Reichstag: „Mit diesen Feinden im Dunkeln zu kämpfen, habe ich in meiner Jugend nicht gelernt (Sehr gut). Ich kann mich ihrer nur erwehren im hellen Tageslicht des Gerichtssaales.“¹²⁵ Innerhalb der politischen Führung schwächte Marschalls Aufdeckung zwar seine Position, aber in der Öffentlichkeit etablierte er die Forderung, ein Minister müsse Missstände in der eigenen Regierung benennen. Zu diesem Bruch mit preußischen Traditionen kam es wohl auch deshalb, weil der Kanzler und der Außenstaatssekretär aus dem liberaleren Süddeutschland stammten. Schon als bayrischer Ministerpräsident hatte Hohenlohe die Öffentlichkeit von Kriegsgerichten eingeführt. Die nunmehrige Verteidigung der Veröffentlichung von Missständen verwies auf ihren generellen Einsatz für mehr Transparenz – was auch für die gerade umkämpfte Militärstrafreform galt.

Eine weitere Norm, die der Skandal verhandelte, waren die zulässigen Grenzen im Umgang zwischen den Journalisten und den Ministerien. Der Skandal hatte durch die Zeugenaussagen öffentlich gemacht, dass zahlreiche Journalisten in den jeweiligen Ministerien verkehrten und somit Kontakt zu einem politischen Arkanbereich hatten, der sich offiziell von der Medienöffentlichkeit abgrenzte. Insbesondere der Chefredakteur des liberalen *Berliner Tageblattes*, Arthur Levysohn, berichtete als wichtiger Zeuge von seinen Gesprächen im Auswärtigen Amt. Dementsprechend kritisierten Konservative wie der frühere Außenstaatssekretär Friedrich Wilhelm Graf Limburg-Stürum, dass der Zugang für Journalisten zum Auswärtigen Amt zu leicht sei, zumal diese nur durch „Sensation Abonnenten an sich zu ziehen“ versuchten. Es müsse vielmehr für einen Journalisten eine große Auszeichnung bleiben, Zugang zu Ministern zu haben und er müsse sich dann Beschränkungen auflegen.¹²⁶ Dabei bezog sich die Kritik einerseits darauf, dass ein Minister wie Marschall überhaupt mit liberalen Journalisten sprach, obgleich diese seine Regierungspolitik mitunter kritisierten. Andererseits waren antisemitische Motive unverkennbar, weil mit Levysohn ein jüdischer Journalist, der für einen jüdischen Verleger schrieb,

¹²³ Vgl. bes. die Rede von Limburg-Stürum im Reichstag IX. Leg.per., 168. Sitz, IV. Session 1895/97, Bd. 6, S. 4489; sowie 18. 1. 1897, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Haus der Abgeordneten, 20. Sitz., S. 520.

¹²⁴ Hohenlohe 19. 1. 1897, in: Verhandlungen des Haus der Abgeordneten, 21. Sitz., S. 532f.

¹²⁵ RT 5.2. 1897 IX. Leg.per., 168. Sitz., IV. Session 1895/97, Bd. 6, S. 4477.

¹²⁶ Rede Limburg-Stürum 18. 1. 1897, Verhandlungen des Haus der Abgeordneten, S. 520f.

maßgeblich zur Überführung der Politischen Polizei beigetragen hatte. Marschalls „fragwürdige ‚Latitüde‘ gegen jüdische Journalisten“ galt den Konservativen damit ebenfalls als ein Entlassungsgrund.¹²⁷

Auch in dieser Diskussion traten besonders der Reichskanzler und der Außenstaatssekretär für eine Veränderung der Normen ein. Kanzler Hohenlohe verspottete im Preußischen Abgeordnetenhaus die geforderte Zugangsbegrenzung für Journalisten als Einführung einer „Hoffähigkeit der Journalisten“.¹²⁸ Marschall entgegnete im Reichstag, dass zwar nicht jeder Journalist mit einem Anschreiben eines Chefredakteurs im Auswärtigen Amt empfangen würde, stellte aber unmissverständlich klar, dass er auch mit Journalisten spräche, die seine Politik kritisierten, da er Informationen nicht als Belohnung oder Strafe für Artikel vergäbe. Wichtig sei vielmehr, ob das Blatt im Inland und im Ausland gelesen werde.¹²⁹ Obgleich diese Praxis durch den Aufstieg der Massenpresse bereits seit einigen Jahren geläufig war, bedeuteten diese Äußerungen eine bemerkenswerte Anerkennung parteiunabhängiger oder liberaler Zeitungen. Dass sozialdemokratische Journalisten von dieser Praxis ausgeschlossen blieben, erschien allerdings so selbstverständlich, dass es nicht einmal diskutiert wurde.

Der Skandal löste zudem eine generelle Diskussion darüber aus, inwieweit eine Politische Polizei überhaupt noch nötig sei. Selbst bei den Konservativen bestand zumindest ein Konsens darüber, dass der Skandal das Ansehen der Politischen Polizei stark herabgesetzt habe.¹³⁰ Nicht nur die sozialdemokratische, sondern auch die liberale und katholische Öffentlichkeit sprach von der „Korruption“ der Politischen Polizei, was im damaligen Sprachgebrauch nicht nur die konkreten materiellen Bestechungen meinte, sondern auch deren grundsätzliche moralische Verkommenheit.¹³¹ Zumindest Teile der konservativen Öffentlichkeit konzidierten eine nötige Verminderung des Beamtenbestandes in der Politischen Polizei, der sich von den 18 Beamten im Jahr 1878 in kurzer Zeit verzehnfacht hatte. Denn gerade weil sie nicht genügend Aufgaben hätten, würden sie eigenständig politisch agieren.¹³² Für die völlige Auflösung der Politischen Polizei sprachen sich hingegen Linksliberale wie Eugen Richter oder August Carl Munckel aus, da sie bereits von ihrer Struktur her vornehmlich Unheil anrichte und aufgrund ihrer eigenständigen Arbeit naturgemäß Politik betreibe.¹³³ Erwartungsgemäß trat die SPD besonders deutlich für die komplette Auflösung dieser Polizeiabteilung auf, wobei Bebel dies mit zahlreichen historischen Fällen begründete, bei denen die Politische Polizei selbst ihre

¹²⁷ Zitat: DEUTSCHE ZEITUNG 2. 2. 1897.

¹²⁸ Hohenlohe 19. 1. 1897, in: Verhandlungen des Haus der Abgeordneten, 21. Sitz., S. 533.

¹²⁹ RT 5. 2. 1897 IX. Leg. per., 168. Sitz, IV. Session 1895/97, Bd. 6, S. 4476.

¹³⁰ Vgl. etwa von Mirbach im RT 5. 2. 1897 IX. Leg. per., 168. Sitz, IV. Session 1895/97, Bd. 6, S. 4480.

¹³¹ FREISINNIGE ZEITUNG Nr. 129, 4. 6. 1897; GERMANIA 5. 6. 1897.

¹³² TÄGLICHE RUNDSCHAU 6. 6. 1897.

¹³³ RT 5. 2. 1897 IX. Leg. per., 168. Sitz, IV. Session 1895/97, Bd. 6, S. 4474 u. 4491 f.

Agenten zu Verbrechen ermuntert habe, die sie dann bekämpfte, um ihre Bedeutung zu legitimieren.¹³⁴ Der Skandal hinterfragte damit recht erfolgreich die Notwendigkeit einer derartigen Behörde, die Presse, Parteien und Vereine überwachte. Dass ihr Spitzelsystem nun weitgehend überflüssig und sogar gefährlich erschien, war ein Schritt in Richtung Demokratie.

Zudem eröffnete der Skandal eine Debatte um illegitime Nebenregierungen, die über die Presse agierten. Insbesondere die Linke ging fest von politischen Hintermännern hinter der Politischen Polizei aus. Waldersee, Bismarck und Eulenburg galten als die wichtigsten Personen, die über lancierte Meldungen und Gerüchte gegen Teile der Regierung agieren würden.¹³⁵ Nachdem Bebel vorab die Enthüllung der Hintermänner im Reichstag angekündigt hatte, nannte er im Reichstag tatsächlich erneut diese drei Namen, die nicht ganz unzutreffend waren.¹³⁶ Direkte Kontakte zu den bezahlten Journalisten der Polizei ließen sich noch im geringsten Maße bei Herbert und Otto von Bismarck ausmachen, obwohl diese offensichtlich von der Pressepolitik der Politischen Polizei profitierten.¹³⁷ Bismarck hatte ohnehin genügend direkte Beziehungen zur Presse für seine Querschüsse, insbesondere zu konservativen Blättern in Hamburg. Berechtigter war der Verdacht gegen Generalstabschef Alfred Graf von Waldersee, den der Kaiser zunächst als Nachfolger Bismarcks gehandelt hatte und den die Sozialdemokratie wegen seiner scharfen, konfrontativen Haltung ihr gegenüber besonders verachtete. Waldersee scheint seit seiner Versetzung nach Hamburg Verbindungen zum journalistischen Polizeiagenten Normann-Schumann gepflegt zu haben. So hatte Normann-Schumann in Gesprächen und Artikeln Waldersee auffällig oft als kommenden Kanzler gelobt. Tausch informierte Waldersee nach dem Prozess mit Telegrammen, und auch der Chef der Politischen Polizei gestand nach seinem Rücktritt derartige Verbindungen Waldersees ein, die verschiedentlich bereits 1893 vermutet wurden.¹³⁸ Auch die Tatsache, dass sich Waldersee im Prozess einer Zeugenaussage entzog, erhärtete eher den Verdacht, den Bebel mit Beobachtungen sozialdemokratischer Spitzel im Reichstag belegte.

Vor allem rückte aber der Kaiserfreund und vielleicht wichtigste Hintergrundpolitiker dieser Jahre, Philipp von Eulenburg, durch den Skandal in den Verdacht, über die bezahlten Journalisten für den Sturz von Ministern und

¹³⁴ Ebd., S. 4486.

¹³⁵ VORWÄRTS Nr. 290 11. 12. 1896.

¹³⁶ RT 5. 2. 1897 IX. Leg. per., 168. Sitz, IV. Session 1895/97, Bd. 6, S. 4482f.

¹³⁷ So auch die Einschätzung von: HANK, Kanzler, S. 324.

¹³⁸ Quellenhinweise hierauf in: Kiderlen an Eulenburg 16. 4. 1893, abgedr. in: RÖHL (Hrsg.), Eulenburgs Politische Korrespondenz Bd. 2, S. 1069; Holstein an Eulenburg 7. 1. 1897 u. Aufzeichnung Bülow 7. 4. 1897, abgedr. in: ebd., Bd. 3, S. 1778 u. S. 1810; HAMMANN, Der neue Kurs, S. 83. Vgl. die Rechtfertigung Waldersees gegenüber dem Kaiser, Normann-Schumann habe ihm Briefe geschrieben, er aber durch Nichtbeantwortung den Kontakt abgebrochen; Eintrag Aufzeichnung Waldersee 11. 12. 1896, in: MEISNER (Hrsg.), Denkwürdigkeiten, S. 378f.

Kanzlern gesorgt zu haben und somit den Kern einer „Nebenregierung“ zu bilden. Der Prozess legte direkte Verbindungen zwischen Eulenburg und Tausch offen. Eulenburg und Tausch hatten sich bereits früher kennen gelernt, als Tausch sich um den Schutz des Kaisers auf Reisen kümmerte. Gegenüber seinen Journalisten-Agenten hatte Tausch mehrfach erwähnt, dass er „die Absicht habe, diese Sache an den Botschafter Grafen Philipp Eulenburg mitzuteilen, um ihm dadurch wieder einmal zu zeigen, wie Excellenz v. Marschall gegen die Umgebung des Kaisers konspirierte“.¹³⁹ Tatsächlich hatte Tausch unmittelbar nach dem falsch gemeldeten Kaisertoast Eulenburg den Artikel geschickt und gemeldet, er müsse ihn besuchen, da er dazu etwas Interessantes zu erzählen habe, worauf Eulenburg auch antwortete.¹⁴⁰ Eulenburg, der sonst Briefe sorgsam aufbewahrte und später sogar abtippen ließ, bezeichnete ausgerechnet diese Briefe als „vernichtet“. Dass Eulenburg beim Kaiser für einen Orden für Tausch eintrat, obwohl dessen Vorgesetzter Marschall ihm längst misstraute, spricht ebenfalls für eine Verbindung zwischen Eulenburg und der polizeilichen Pressearbeit.

Eulenburg wies diese Vorwürfe scharf zurück. Aber selbst wenn er keinen direkten Auftrag gab, so entsprachen viele der Intrigen doch Eulenburgs Plänen zur Regierungsumbildung, wie sich aus Eulenburgs Korrespondenz vielfältig herauslesen lässt. Insbesondere Marschalls Sturz verfolgte Eulenburg, um seinen Freund Bernhard von Bülow als Nachfolger einzusetzen.¹⁴¹ Selbst den Tausch-Prozess benutzte er als Argument, um Marschall auf einen Botschafter-Posten abzuschieben und Bülow zu installieren, was ihm tatsächlich beides plangemäß gelang.¹⁴² Insofern verstärkte der Skandal die Annahme, dass nicht nur Bismarcks Umfeld, sondern auch das des Kaisers über Polizeispitzel mit falschen Medienmeldungen Politik gestaltete. Dies belegte zwar keine große politische Verschwörung zwischen Presse und Politik wie zuvor beim Panama-Skandal in Frankreich, es deutete aber an, dass es hinter der nun veröffentlichten Aufklärung noch eine geheime Sphäre gab, deren Dunkelheit nicht ausleuchtbar sei.

Dass Kommissar Tausch tatsächlich eine von höheren Instanzen abgesicherte Stellung innehatte, belegten nicht zuletzt die Urteile in den folgenden Prozessen gegen ihn. In einem Rechtsstaat wäre durchaus eine Verurteilung des Beamten zu erwarten gewesen, dem ein mehrfacher Meineid, Urkundenfälschung, Korruption, Amtsanmaßung, Verstoß gegen Amtsgeheimnisse, Unwahrhaftigkeit

¹³⁹ Aussage Lützow abgedr. in: FRIEDLAENDER, Kriminalprozesse, Bd. 4, S. 124.

¹⁴⁰ Vgl. ebd. u. Anklageschrift 15.3.1897, in: GStA, HA I Rep. 84a Nr. 58195.

¹⁴¹ Die Belege dafür sind zahlreich; vgl. etwa die Briefe Eulenburgs an Bülow 29.4.1896, 23.7.1896, 7.7.1896, 26.10.1896 u. 10.12.1896, abgedr. in: RÖHL (Hrsg.), Eulenburgs Politische Korrespondenz Bd. 3, S. 1663, S. 1701, 1702, 1744, 1766; Eulenburg an Bülow 13.3.1896, in: BAK, 1016-76:1.

¹⁴² „Es wird nach Ende der Reichstagsession viel darauf ankommen, daß ein alter Botschafter krank wird.“ Eulenburg an Lucanus 4.2.1897, abgedr. in: RÖHL (Hrsg.), Eulenburgs Politische Korrespondenz Bd. 3, S. 1784.

gegen Vorgesetzte und Majestätsbeleidigung nachgewiesen wurden. Immerhin hatten die von ihm angewiesenen Journalisten 1½ Jahre Haft bekommen. Doch obwohl auch die Anklageschrift mehrfache Meineide und „zahlreiche Dienstvergehen“ aufführte, erhielt Tausch schon bei seinem ersten Prozess im März 1897 einen Freispruch mit der eigentümlichen Begründung, er habe seine Pressearbeit nicht politisch aufgefasst.¹⁴³ Auch die Disziplinarprozesse 1897/98 sprachen Tausch von den Vorwürfen frei und forderten lediglich seine Versetzung. Zu einer Berufung kam es schließlich nur, weil sich der Kaiser darüber wunderte, dass der Beamte, der auch ihn über die Presse verunglimpfen ließ, einen Freispruch bekam.¹⁴⁴ Als unwürdiges, tadelbares Verhalten erachtete der Disziplinargerichtshof lediglich, dass der Beamte bei Journalisten Schulden gemacht habe, weshalb Tausch auf ein anderes Amt mit gleichem Rang versetzt werden sollte.¹⁴⁵ Eine Verurteilung des Kommissars blieb bereits deshalb aus, weil dies ein Eingeständnis gewesen wäre, dass der Staatsapparat nicht so vorbildlich arbeitete, wie stets nach außen dargestellt.

Insofern erwies sich die deutsche Justiz erneut, wie bei anderen Skandalen, als parteilich und weisungsgebunden. Abermals schützte sie konservative Beamte, ohne Rücksicht auf Gesetze oder im Skandal verhandelte Normen zu nehmen. In der Presse und bei den Stammtischen richtete sich deshalb die öffentliche Empörung wiederum gegen die Gerichte.¹⁴⁶ Der Verdacht einer Konspiration zwischen Politik, Politischer Polizei und Justiz erweiterte die ohnehin kursierenden Verschwörungsvorstellungen. Die Quellen legen den Schluss nahe, dass das Urteil gegen den Kommissar durch politische Weisungen gezielt milde ausfallen sollte, damit er sein Wissen nicht öffentlich ausspielte. Schon vor dem ersten Prozess hatte Eulenburg dem Kaiser mitgeteilt, dass Tausch für sein Schweigen während des Prozesses hinterher zu entlohnen sei, und auch Reichskanzler Hohenlohe schlug doppeldeutig ein „Tauschgeschäft“ mit dem Kaiser vor: Für die „Beseitigung des Prozesses“ wollte der Kanzler das Vereins- und Militärstrafgesetz durchbringen.¹⁴⁷ Hohenlohe maß dem Tauschprozess sogar so große Bedeutung bei, dass er das Drängen verschiedener „Leute“ im Umfeld des Kaisers auf eine Kabinettsumbildung damit erklärte, „daß sie am Ruder sind, wenn der Prozeß verhandelt werden soll“.¹⁴⁸ Als das Staatsministerium schließ-

¹⁴³ Zit. Anklageschrift Erste Staatsanwalt 15. 3. 1897, in: GStA, HA I Rep. 84a Nr. 58195.

¹⁴⁴ Vgl. Staatsministerial-Sitzungsprotokoll 29. 1. 1898, in: GStA, HA I Rep. 90 A Nr. 3590; Urteil Disziplinarverfahren Tausch 23. 2. 1898, in: GStA, HA I Rep. 90 Reihe F Nr. 2930.

¹⁴⁵ Urteil Disziplinarverfahren 5. 1. 1898 in: LB Pr. Br. Rep. 30 Nr. 8452/2 Urteil Disziplinarverfahren Tausch 23. 2. 1898 und Gutachten in der Disziplinaruntersuchung Tausch 22. 10. 1898, in: GStA, HA I Rep. 90 Reihe F Nr. 2930.

¹⁴⁶ Vgl. stellvertretend etwa: FRANKFURTER ZEITUNG 5. 6. 1897; Polizeibericht Schutzmann Struve 5. 6. 1897, in: StAH, S 3930–23 Bd. 4.

¹⁴⁷ Hohenlohe-Schillingsfürst an Holstein 29. 4. 1897, HOHENLOHE-SCHILLINGSFÜRST, Denkwürdigkeiten, S. 333; Fricke, Affäre, S. 1597f. Allerdings erwähnt Fricke nicht die weitere Entwicklung und Entlassung von Tausch.

¹⁴⁸ Journal Hohenlohe, Eintrag 30. 3. 1897, in: HOHENLOHE-SCHILLINGSFÜRST, Denkwürdigkeiten, S. 327.

lich auf Wunsch des Kaisers Tausch Entlassung verhandelte, schützte und verteidigte ihn der Innenminister. In der Diskussion wurde vorgeschlagen: „Man könne Tausch im Falle der Dienstentlassung später noch Unterstützungen zukommen lassen.“ Ebenso kam im Preußischen Staatsministerium der Vorschlag auf „Tausch finanziell zu stützen; damit behalte man ihn in der Hand.“¹⁴⁹ Am Ende entstand so ein Kompromiss zwischen der Forderung des Kaisers und der Absicherung des Kommissars, bei dem das Staatsministerium am 13. März 1899 das Urteil des Disziplinarhofes entsprechend abänderte. Tausch wurde mit immerhin drei Viertel seiner Pension entlassen, wobei die Entlassung mit seinen verschwiegene Schulden bei Journalisten begründet wurde, die gegen die finanzielle Unabhängigkeit des Beamten verstoßen hätten.¹⁵⁰ 1901 wurde Tausch schließlich in einem ehrengerichtlichen Verfahren vom Kriegsministerium wegen „Verletzung der Standesehre“ das Recht zum Tragen seiner Uniform aberkannt, das er als Leutnant a.D. noch hatte.¹⁵¹ Nicht die Justiz allein, sondern erst politische Weisungen verhalfen somit zumindest teilweise zu einer Rechtsprechung, die sich auch an Gesetzen orientierte.

Dagegen hatte der Skandal für die Opfer der intriganten Pressepolitik weitaus drastischere Folgen. Während der Polizeikommissar zunächst einen Freispruch erhielt, wurde seinen Opfern in der Regierung, den Ministern Marschall und Boetticher, in konservativen Kreisen und vom Kaiser der Rücktritt nahegelegt. Marschall trat deshalb nach seiner „Flucht in die Öffentlichkeit“ eine „Flucht in die Privatheit“ an. Zunächst ging er aus gesundheitlichen Gründen in einen zweimonatigen Urlaub, dann als Botschafter nach Konstantinopel. Boetticher wurde dagegen vom Kaiser gedrängt, unmittelbar nach dem Freispruch von Tausch zurückzutreten, da er die Kritik am „persönlichen Regiment“ im Reichstag nicht genug zurückgewiesen hätte.¹⁵² Auch die beiden Journalisten, deren Spitzeldienste den Skandal ausgelöst hatten, mussten sich nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis eine neue Existenz aufbauen: Von Lützow wurde Angestellter der Inneren Mission, und Leckert arbeitete unter dem neuen Namen Heinrich Larsen wieder als Journalist und wurde Redakteur den *Altonaer Nachrichten*.¹⁵³

Schwieriger ist die Frage zu beantworten, welche Konsequenzen der Skandal für die offiziöse Pressearbeit hatte. In der Regierung verschärfte er das generelle Misstrauen gegenüber Journalisten. Selbst Reichskanzler Hohenlohe, der sich gegen Zugangsbeschränkungen ausgesprochen hatte, sah den Skandal dennoch als „ein neuer Beweis, daß man sich mit Journalisten jeder Art nicht einlassen

¹⁴⁹ Staatsministerial-Sitzungsprotokoll 29. 1. 1898, in: GStA, HA I Rep. 90 A Nr. 3590.

¹⁵⁰ Staatsministerial-Sitzungsprotokoll 13. 3. 1899, in: GStA, HA I Rep. 90 A Nr. 3594; Abschrift Zusatzsitzungsprotokoll in: LB, Pr. Br. Rep. 30 Nr. 8452/2; Beschluss, in: GStA, HA I Rep. 90 Reihe F Nr. 2930.

¹⁵¹ Vermerk Kriegs-Ministerium 4. 1. 1901 in: LB, Pr. Br. Rep. 30 Nr. 8452/2.

¹⁵² So bes. die Reichstagsrede von Eugen Richter am 18. Mai 1897; RÖHL, Wilhelm II, Bd. 2, S. 945.

¹⁵³ So zumindest: VORWÄRTS 9. 4. 1899 u. 4. 10. 1900.

darf.“¹⁵⁴ Zumindest kurzfristig schien es so, als wenn der Skandal durch das Eingreifen des Kaisers sogar zu einer Verschärfung der Pressepolitik führen würde. So verstärkte sich in seinem Umfeld eher das Misstrauen gegenüber den Journalisten als gegen die Politische Polizei. Unmittelbar nach dem ersten Prozess gegen Lützow/Leckert beschloss etwa das Hofjagdamt, keine Journalisten mehr bei der Hofjagd zuzulassen, anstatt die Politische Polizei abzuweisen.¹⁵⁵ Beim Kaiser selbst förderte der Skandal eher den Anspruch, nur er selbst sei berufen, Politik zu gestalten und öffentlich zu formulieren.¹⁵⁶ Zugleich verlangte er vom Kanzler den Abbruch jeden Kontaktes zur *Kölnischen Zeitung*, weil diese Waldersee als Hintermann genannt habe.¹⁵⁷ Durchsetzbar war diese Verschärfung der offiziellen Pressepolitik jedoch nicht. Vielmehr wies der Reichskanzler den Kaiser diplomatisch, aber bestimmt zurück und verteidigte dabei sowohl den Kontakt zu kritischen Zeitungen als auch die parlamentarische Auskunft.¹⁵⁸

Daher ist eher umgekehrt anzunehmen, dass der Skandal vor allem die Politische Polizei diskreditierte und so die Unabhängigkeit der Presse förderte. Bereits während des Prozesses wurde die Politische Polizei angewiesen, keinen Kontakt mehr zur Presse zu pflegen.¹⁵⁹ Ein Indikator für ihren sinkenden Einfluss gegenüber der Presse ist die deutliche Abnahme von Anklagen gegen Journalisten seit 1897. Vergleichbare Skandale, die erneut ein derartiges Agieren der Politischen Polizei offen legten, lassen sich zumindest bis zum Ersten Weltkrieg nicht mehr ausmachen. Insofern stimmte vielleicht doch, was bereits verschiedene Zeitgenossen spotteten: Das Positive an der Politischen Polizei war vor allem, dass sie sich selbst diskreditierte und damit eine antiquierte Repression der Medien.

3. ZWISCHENFAZIT

Sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien traten im späten 19. Jahrhundert Skandale auf, welche die Pressepolitik der Regierungen und die Arbeit

¹⁵⁴ Hohenlohe an Prinz Alexander 17.10.1896, in: HOHENLOHE-SCHILLINGSFÜRST, Denkwürdigkeiten, S.269.

¹⁵⁵ An Marschall 11.12.1896, in: PAAA R 1239.

¹⁵⁶ So schrieb Wilhelm II. dem Kanzler: „In wie fern von Zeit zu Zeit außer durch inspirierte Preßartikel das Land über das Fortschreiten der Frage zu informieren sei, darüber erwarte Ich von Eurer Durchlaucht einen jedesmaligen Vortrag oder Mitteilung.“ Wilhelm II. an Hohenlohe 23.2.1897 (Telegramm), in: BA/K, N 1016-22. Vgl. Holstein sprach angesichts solcher Briefe von einem „krankhaften Hauch, der das Kaiserl. Telegramm durchweht.“ Holstein an Eulenburg 25.2.1897, abgedr. in: RÖHL (Hrsg.), Eulenburgs Politische Korrespondenz Bd.3, S.1788. Zum Kasernenton, den Wilhelm II. um 1897 besonders deutlich anschlug vgl. RÖHL, Wilhelm II., Bd.2., S.941f.

¹⁵⁷ Staatsministerial-Sitzungsprotokoll 8.1.1897, in: GStA, HA I Rep. 90 A Nr.3585.

¹⁵⁸ Vgl. bes. Hohenlohe an Wilhelm II. 23.2.1897, in: BA/K, N 1016-22

¹⁵⁹ So Wittig, der Nachfolger von Tausch, laut: DEUTSCHE WARTE 4.6.1897.

von Journalisten hinterfragten. Sie verfestigten Normen für den Journalismus, die Politik und für ihr Verhältnis zueinander. Durch die historisch unterschiedliche Medienentwicklung in Deutschland und Großbritannien differierten auch die herausragenden Skandale dazu. Während sie in Großbritannien vor allem einen zuverlässigen und eigenständigen Journalismus einforderten, ging es in Deutschland besonders um die Grenzen des staatlichen Einflusses auf die Presse. Dennoch lassen die hier analysierten Skandale einige Ähnlichkeiten erkennen, die Aufschluss über grenzübergreifende Entwicklungen im ausgehenden 19. Jahrhundert geben. So legten sie in beiden Ländern offen, dass staatliche Institutionen wesentlich mehr Einfluss auf die Presse nahmen als jeweils anzunehmen war und als zulässig erschien. In beiden Ländern waren es zudem verdeckte, geheimdienstliche Organisationen, die ein gewisses Eigenleben entwickelt hatten, die die Zeitungen mit Gerüchten versorgten. In beiden Fällen publizierten die Zeitungen dabei unwahre, gefälschte Behauptungen, die politische Gegner zum Rücktritt zwingen sollten. In beiden Ländern wurden sie jeweils aus materiellen und weltanschaulichen Motiven heraus in die Presse lanciert. Sowohl die Sehnsucht, im neuen publizistischen Konkurrenzkampf einen *Scoop* zu landen, als auch der Anspruch der Zeitungen, so Politik mitzugestalten, war für dieses Handeln verantwortlich. Dabei zeigte sich, wie wenig die Zeitungsredaktionen in beiden Ländern die Quellen und die Informanten überprüften. Insofern sollte man selbst in Großbritannien und sogar bei der *Times* die journalistische Professionalität im ausgehenden 19. Jahrhundert nicht überschätzen. Hierauf verweist auch die Beobachtung, dass die Missstände in der Pressepolitik in beiden Fällen weniger durch Journalisten als durch Politiker aufgedeckt wurden.

In beiden Ländern verhandelten die Skandale das Verhältnis zwischen Medien und Politik und die Unabhängigkeit der Medien. In gewisser Weise „normalisierten“ die Skandale die jeweils unterschiedlichen mediengeschichtlichen Entwicklungspfade der 1880er Jahre, indem sie Grenzen aufzeigten. So kam es in Deutschland zu einer Implosion des unter Bismarck ausgebauten journalistischen Spitzelsystems der Politischen Polizei, das zwischen 1890 und 1896, wie der Tausch-Skandal öffentlich machte, eine eigenständige Pressepolitik gegen unliebsame Minister und Kanzler der eigenen Regierung betrieben hatte und über lancierte Artikel, intrigante Denunziationen und bezahlte Journalisten agierte. Für Großbritannien konnte dagegen ausgemacht werden, dass die *Times* an die Techniken des von Stead etablierten „modernen“ *New Journalism* anknüpfte, bei ihrem politischen Kampagnenstil jedoch an ihrer schlampigen Recherche und Kooperation mit der Regierung scheiterte und so gerade die Grenzen des professionellen unabhängigen britischen Journalismus bloßlegte.

Die herausgestellten Gemeinsamkeiten waren allerdings nur gradueller Natur. Die wechselseitige Wahrnehmung der Skandale unterstrich ihre Verschiedenheit. Während die *Times* aus deutscher Sicht als naiv galt, erschien der Tausch-Skandal aus englischer Sicht als ein Beispiel für das rückständige deutsche Pressesystem, in dem Journalisten willkürlich verhaftet wurden oder

Anweisungen erhielten. Gemeinsam war den Skandalen dagegen die Empörung über die Fälschungen und die hieraus resultierende heilsame Wirkung. In Deutschland verlor die Politische Polizei und der offiziöse Einfluss auf die Medien deutlich an Bedeutung, in Großbritannien hingegen büßte die *Times* ihre unantastbare Autorität ein. Für die Ausbildung eines unabhängigen und pluralistischen Journalismus dürften beide Entwicklungen förderlich gewesen sein.